



universität
wien

MASTER THESIS

Titel der Master Thesis / Title of the Master's Thesis

„Handlungsorientierte politische Bildung im Rahmen des
niederösterreichischen Berufsschullandtags: Konzept-
entwicklung, Zielgruppenanalyse, Wirksamkeitsanalyse“

verfasst von / submitted by

Thomas Trümmel, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Science (MSc)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
Postgraduate programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 992 854

Universitätslehrgang lt. Studienblatt /
Postgraduate programme as it appears on
the student record sheet:

Handlungsorientierte Personal-, Team- und
Organisationsentwicklung nach IOA ® (MSc)

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Günter Amesberger

Kurzfassung

Diese Studie beschäftigt sich mit handlungsorientierten Angeboten der politischen Bildung. Konkret wird ein Projekt des Niederösterreichischen Landtags, der „NÖ Berufsschullandtag“, beforscht. Mittels Fragebogen wurden Einstellungsmuster gegenüber der Demokratie, Vertrauen in demokratische Institutionen und Zustimmung zu den Lernangeboten erfragt. Bei sechs Workshops wurden insgesamt 114 BerufsschülerInnen - und zusätzlich zwei Kontrollgruppen mit insgesamt 25 BerufsschülerInnen befragt. Die TeilnehmerInnen füllten dabei den (fast identen) Fragebogen zweimal in einem Zeitabstand von ca. 4 Stunden aus.

Ziel war es erstens Wissen über die demokratischen Einstellungsmuster der Zielgruppe zu generieren und zweitens die Wirksamkeit der Lernangebote zu messen.

Dabei ergaben sich statistisch relevante Unterschiede zwischen den Einstellungen der BerufsschülerInnen und der Gesamtbevölkerung. Die BerufsschülerInnen wiesen geringere Zustimmung zur Demokratie, höhere Demokratie-Skepsis und ein geringeres Vertrauen in demokratische Institutionen auf als vergleichbare Daten aus der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus waren signifikante Gruppeneffekte zwischen Versuchs- und Kontrollgruppe messbar, welche auf Effekte durch die Teilnahme am Workshop hinweisen. Der Zeitvergleich vor dem Workshop - nach dem Workshop ergab keine statistisch relevanten Veränderungen.

Die Daten weisen auf eine hohe Akzeptanz der Lernangebote seitens der BerufsschülerInnen hin. Weiters wurde ein theoretisches Konzept für handlungsorientierte politische Bildung erstellt, welches die Lernangebote des Niederösterreichischen Landtags auf ein solides theoretisches Fundament stellen soll.

Die Durchführung der Untersuchungen und der Workshops wurden durch die Covid-Pandemie stark beeinflusst. Abänderungen gegenüber dem ursprünglich geplanten Design gab es u.a. bei den Workshops, den Befragungen und den Messzeitpunkten.

Schlagworte: politische Bildung, handlungsorientiertes Lernen, Demokratie-Lernen, Demokratiebewusstsein, Berufsschüler/Berufsschülerinnen.

Abstract

This study aims to assess experiential learning in political education, specifically a project by the Lower Austrian Parliament called „NÖ Berufsschullandtag“. The empirical investigation analyses first the democratic attitudes of the participants, comparing them with the Austrian population and second conducts a before-after analysis to create knowledge about the effectiveness of these workshops.

Six different workshops questioning 114 students of vocational schools were conducted in this study, along with a control group of 25 students who did not participate in workshops. The participants filled out two (almost identical) questionnaires in a timeframe of about four hours. The study showed significant differences between the students and the average Austrian population: lower scores in democratic attitudes and trust in democratic institutions and higher scepticism towards democracy by the vocational school students. The data shows significant differences between the participants and the control group, which indicates an effect of participating in the workshops.

The before-after workshop analysis indicates no statistically significant differences. The data also shows high acceptance for these workshops by the participants. Moreover, this paper generates a theoretical concept for experiential learning in political education, intending to create a solid foundation for the educational offers from the Lower Austrian parliament. The study was strongly influenced by the Covid-pandemic, which took place during the time this study was conducted. The Covid-restrictions led to changes concerning the design of the workshops, the questioning itself, and the repetition of questioning.

Keywords: political education, experiential learning, democracy learning, democratic awareness, vocational school students.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
1 Einleitung	8
1.1 Problemstellung	8
1.2 Zielsetzung und Fragestellung	9
2 Theoretischer Rahmen	10
2.1 Demokratie.....	10
2.1.1 Repräsentative Elitedemokratie	11
2.1.2 Liberal-pluralistische Modelle von Demokratie	12
2.1.3 Soziale Demokratie	13
2.1.4 Partizipatorische Demokratiemodelle	14
2.1.5 Demokratietheorien - Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung	14
2.2 Was ist Politik?.....	15
2.3 Politische Bildung.....	16
2.3.1 Politische Bildung historisch.....	16
2.3.2 Politische Bildung historisch – Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung	18
2.4 Zugänge und inhaltliche Aufgabenfelder der politischen Bildung	18
2.4.1 Demokratie-Lernen / Demokratieerziehung	19
2.4.2 Demokratie-Lernen – Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung	22
2.4.3 Kompetenzorientierte politische Bildung	22
2.4.4 Lehrplan Politische Bildung für Berufsschulen	23
2.4.5 Institutionskundliches Lernen	24
2.4.6 Einstellung von BürgerInnen zur Demokratie/ Demokratiebewusstsein	29
2.4.7 Systemunterstützung und Stabilität einer Demokratie.....	31
2.4.8 BürgerInnenrolle in der Demokratie - Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung	35

2.5	Das Konzept der IOA.....	35
2.5.1	Ebene1: Grundannahmen	38
2.5.2	Ebene 2: Rahmen und Auftragsbedingungen.....	38
2.5.3	Ebene 3: Situative Bedingungen	38
2.5.4	Ebene 4: Methoden, Intervention.....	39
3	Praktische Umsetzung.....	42
3.1	Das Projekt „Berufsschullandtag“ des Niederösterreichischen Landtags ...	42
3.2	Ziele.....	42
3.3	Rahmen und Auftrag des NÖ Berufsschullandtags	43
3.4	Ausgewählte Methoden	43
3.4.1	Methode Aufstellungen	44
3.4.2	Methode Speedball.....	45
3.4.3	Methode Demokratieschiffe	46
3.4.4	Qualitätssicherung und Evaluierung	49
4	Empirischer Teil.....	50
4.1	Kommentierte Forschungsfrage	50
4.2	Hypothesen	50
4.3	Design	51
4.4	Sample (Stichprobe).....	53
4.5	Methode und Erhebung	54
4.6	Erhebungsinstrument	54
4.6.1	Potenzielle Störvariablen	56
4.6.2	Durchführung.....	57
4.7	Auswertung.....	59
4.7.1	Datenaufbereitung	59
4.8	Ergebnisse.....	63
4.8.1	Ergebnisse Hypothese 1.....	63
4.8.2	Ergebnisse Hypothese 2.....	64
4.8.3	Ergebnisse Hypothese 3.....	66

4.8.4	Ergebnisse Hypothese 4	68
4.8.5	Ergebnisse Hypothese 5	70
4.8.6	Ergebnisse Hypothese 6	72
4.8.7	Ergebnisse Hypothese 7	74
5	Diskussion der Ergebnisse	76
5.1	Moderatoren	76
5.1.1	Pandemie	76
5.1.2	Anleitung der Befragung	76
5.1.3	Beliebigkeit beim Ausfüllen	76
5.2	Diskussion Faktorenanalyse	77
5.3	Diskussion Hypothese 1	77
5.4	Diskussion Hypothese 2	78
5.5	Diskussion Hypothese 3	79
5.6	Diskussion Hypothese 4	80
5.7	Diskussion Hypothese 5	81
5.8	Diskussion Hypothese 6	82
5.9	Diskussion Hypothese 7	82
6	Einschränkungen	84
6.1	Methodenkritik	84
6.2	Corona-Pandemie	84
6.3	Kurz- und mittelfristige Effekte	84
7	Schlussfolgerung Implikationen	85
	Literaturverzeichnis	87
	Abbildungsverzeichnis	92
	Tabellenverzeichnis	93
	Anhang A (TeilnehmerInnenfeedbacks 01/2019-01/2020)	95
	Anhang B (Fragebogen Messzeitpunkt 1 & 2)	98
	Anhang C (TeilnehmerInneninformation und Einwilligungserklärung)	101

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Niemand wird als DemokratIn geboren. Eine Demokratie braucht, um langfristig überleben zu können, DemokratInnen, die diese Gesellschaftsform leben und sich damit identifizieren. Jede Generation muss lernen und ausverhandeln, was Demokratie für sie bedeutet, wie sie organisiert werden soll und welche Werte ihr zugrunde liegen.

Verfestigt wird dieser Ausverhandlungsprozess durch Institutionen wie dem Landtag, ohne welche eine moderne Demokratie nicht gedacht werden kann.

Heute erscheint Demokratie vielen als Selbstverständlichkeit. Doch viele Indikatoren weisen darauf hin, dass die Demokratie zunehmend in Frage gestellt wird.

Sinkende Wahlbeteiligung in ganz Europa (Kaeding et al., 2016, S. 2ff), weltweite Tendenzen weg von der Demokratie hin zu autoritäreren Systemen (Freedom House, 2021, S. 2), der Wunsch vieler nach einer starken Persönlichkeit mit uneingeschränkter Macht (Zandonella, 2020, S. 14) können hier beispielhaft genannt werden.

Darüber hinaus steht die Demokratie vor großen Herausforderungen: technologischer Fortschritt, Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Globalisierung, Klimawandel oder eine globale Pandemie. Die Menschheit und ihre Umgebung verändern sich schneller als je zuvor. Dies stellt uns vor völlig neue Herausforderungen.

Wie steht es nun um unsere demokratische Lebens- und Gesellschaftsform in solch herausfordernden Zeiten?

Steht die Demokratie in der Krise und wird schon ein postdemokratisches Zeitalter eingeleitet (Jörke, 2006, S. 38)?

Der Landtag NÖ sieht sich als demokratische Institution dazu berufen, einen Beitrag zur Bildung mündiger DemokratInnen zu leisten.

Vor diesem Hintergrund wurde 2019 das Projekt Berufsschullandtag ins Leben gerufen. Kern des Projekts war es, den Landtagssaal als Herz der niederösterreichischen Demokratie zu öffnen und für Zwecke der politischen Bildung bereitzustellen.

Die vorliegende Arbeit stellt diese Anstrengungen auf ein theoretisches Fundament, beforscht die Zielgruppe im Hinblick auf ihre demokratischen Einstellungen und beschäftigt sich mit der Frage der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

1.2 Zielsetzung und Fragestellung

Nun ist die Frage, was mündige DemokratInnen auszeichnet bzw. mit welchen Inhalten sich solche Maßnahmen der politischen Bildung beschäftigen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die Wirksamkeit handlungsorientierter politischer Bildung gemessen werden kann.

Das Ziel der Arbeit ist es, Erkenntnisse über handlungsorientierte politische Bildung durch den NÖ Landtag zu erlangen. Die Arbeit soll Erkenntnisse zu folgenden Bereichen generieren:

- die Wirksamkeit und Akzeptanz angebotener Workshops
- die Einstellungsmuster von BerufsschülerInnen gegenüber der Demokratie.

Darüber hinaus soll diese Arbeit die Maßnahmen der politischen Bildung durch den Landtag auf ein solides theoretisches Fundament stellen. Auf Basis dieser Erkenntnisse können handlungsorientierte Lernangebote in der politischen Bildung gestaltet bzw. verändert werden.

Im Rahmen der Forschung soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Hat eine handlungsorientierte Kurzintervention im Rahmen des NÖ Berufsschullandtags Einfluss auf die Einstellung von Lehrlingen zur Demokratie und das Vertrauen in demokratische Institutionen?
- Wie verhält sich die Einstellung von Lehrlingen zur Demokratie und deren Vertrauen in demokratische Institutionen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung?
- Trifft das Projekt Berufsschullandtag auf Zustimmung unter den TeilnehmerInnen?

2 Theoretischer Rahmen

Der theoretische Teil beschäftigt sich vor allem mit drei zentralen Thematiken: Politische Bildung, Demokratie und Lernen. Die jeweiligen Theoriekapitel beschäftigen sich nun mit Fokus auf einen dieser Begriffe. Jedoch ist es nicht möglich, sich mit politischer Bildung zu beschäftigen, ohne sich z.B. gleichzeitig mit Demokratie oder Lernen zu beschäftigen. Daher beziehen sich die Kapitel nicht nur aufeinander, sondern behandeln die jeweils anderen Begriffe auch innerhalb der eigenen Perspektive. Ein Beispiel: verschiedene Konzepte der politischen Bildung greifen auf unterschiedliche Lern- und Demokratiezugänge zurück. Die Kapitel sind mehr zirkulär verbunden als in sich geschlossen zu betrachten.

2.1 Demokratie

Obwohl der Begriff Demokratie vertraut ist, ist es komplex zu klären, was Demokratie bedeutet. Komplex, weil die Vorstellungen von Demokratie sehr unterschiedlich sind und sich auf verschiedene Konzepte und historische Kontexte beziehen. Den Begriff der Demokratie einzuordnen, zu diskutieren, was Demokratie ist bzw. nicht ist, führt historisch gesehen von der Antike bis zur Gegenwart, über verschiedenste Konzepte und Praxen. Auch wissenschaftliche Versuche, Demokratie zu definieren, sind zahlreich und führen über viele wissenschaftliche Disziplinen, abhängig davon, welche Aspekte sie in den Vordergrund rücken. Demokratie bezieht sich auf Legitimierung von Herrschaft, Normen und Werte wie Freiheit und Gleichheit, Verteilung und Kontrolle von Macht oder die institutionelle Ausgestaltungen eines Staats (Meyer, 2009, S. 11ff). Im Folgenden sollen für diese Arbeit relevante Perspektiven und Konzepte von Demokratie skizziert werden, um einen Überblick zu verschaffen, was Demokratie ist und sein kann.

An diesem Punkt weiter in die Tiefe zu gehen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Die Wortbedeutung von Demokratie geht auf das Altgriechische zurück und setzt sich aus den beiden Wörtern „demos“ - dem (Staats-)Volk und „kratos“ – der politischen Macht oder Herrschaft auseinander (Roth, 2017, S. 18). Dies beinhaltet bereits eine Kernidee: in der Demokratie geht die Macht vom Volk aus. Ideengeschichtlich geht die Demokratie auf das antike Griechenland im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zurück. Sie entstand in den griechischen Stadtstaaten, allen voran Athen.

Es handelte sich um eine weitgehend direkte Demokratie, deren Kern die Volksversammlung war. Die Volksversammlung der Staatsbürger „entschied die wichtigsten Fragen, besetzte die entscheidenden Ämter und kontrollierte kontinuierlich die Amtsführung der Beamten“ (Meyer, 2009, S. 81). Direkte Demokratie deshalb, weil alle freien Athener Bürger ein Stimmrecht hatten, und Entscheidungen unvermittelt getroffen wurden. Demokratie hat sich seither in Theorie und Praxis stetig verändert. Die Demokratie des antiken Griechenlands kann den heutigen Standards von Demokratie nicht mehr standhalten, vor allem weil Frauen und Nicht-Bürger von der politischen Teilhabe ausgeschlossen waren (Saage, 2005, S. 42).

Wenn im Folgenden Demokratiemodelle diskutiert werden, dann vor dem Hintergrund dessen, dass es eine allgemeine geteilte Definition von Demokratie nicht mehr gibt. Es gibt verschiedene Verständnisse je nach „Maß an bürgerschaftlicher Partizipation, individueller Freiheit oder institutioneller Gewaltenteilung. Demokratietheorie existiert heute nur noch im Plural und sie reflektiert dabei neben der Vielfalt der normativen Positionen auch die Pluralität ihres gesellschaftlichen Entstehungskontextes“ (Lembcke et al., 2012, S. 11). Die Vorgehensweise beginnt mit minimalistischen Demokratiebegriffen bis hin zu sehr breit gefassten Konzepten von Demokratie. Die verschiedenen Demokratiemodelle liefern Erkenntnisse über verschiedene Perspektiven auf Demokratie und Aspekte der Demokratie.

2.1.1 Repräsentative Elitedemokratie

Das Konzept der repräsentativen Elitedemokratie besteht im Wesentlichen aus der Vertretung durch politische Eliten und den Schutz von Freiheitsrechten der BürgerInnen (Berg-Schlosser, 2011, S. 76). Das Konzept geht auf Joseph Schumpeter zurück. Dieser hat die repräsentative Demokratie im Wesentlichen als Elitedemokratie verstanden. Repräsentative Demokratie beschreibt in dem Sinne ein System, in dem durch politische Wahlen VertreterInnen als politische EntscheidungsträgerInnen gewählt werden. Demokratie ist im Schumpeter'schen Sinn die Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben.

(Schumpeter, 2020, S. 355–357). Kern der Idee ist also ein fairer Wettbewerb der Eliten um die WählerInnenstimmen. Durch die Stimmabgabe können die BürgerInnen ihre Interessen einbringen.

Damit dieser Konkurrenzkampf der Eliten um die Stimmen des Volks funktionieren kann, braucht es nun gewisse Mindestvoraussetzungen wie regelmäßige Wahlen, einen geregelten Machtwechsel und Grundrechte wie Informations- und Organisationsmöglichkeiten (Zandonella, 2019, S. 5); (Merkel, 2011, S. 76).

Dieser Demokratieauffassung nach liegen, im Vergleich zu anderen Modellen, nur wenige normative oder ethische Ziele zu Grunde. Hauptsächlich geht es um die Legitimierung von Macht und Herrschaft (Dachs, 2008, S. 23). Dadurch bleibt es eine minimale Definition von Demokratie (Merkel, 2011, S. 76).

2.1.2 Liberal-pluralistische Modelle von Demokratie

Leitprinzip ist auch bei diesem Prinzip Repräsentation der WählerInnen durch verantwortliche RepräsentantInnen, nicht direkte Volksherrschaft (Schmidt, 2010, S. 211). Die pluralistischen Demokratietheorien sorgen sich um die effektive Chance aller Teilhabeberechtigten an der Willensbildung. Der Staat hat demnach dafür zu sorgen, dass Chancen der verschiedenen Interessensgruppen an der Teilhabe gleich verteilt sind (Dachs, 2008, S. 24). Ein Begründer des liberal-pluralistischen Modells der Demokratie ist der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Dahl (Dahl, 2020). Dahl bezeichnet Demokratie als Polyarchie, also einer Herrschaft mehrerer Spitzen, mehrerer Machtzentren, als eine Vernetzung unterschiedlicher Institutionen (Himmelfmann, 2005, S. 192). Dahl formuliert normative Ideale und schlägt politische Institutionen vor, um eine pluralistisch-repräsentative Demokratie in die Wirklichkeit umzusetzen. Beispiele für Ideale sind (Holthaus & Noetzel, 2012, S. 54):

- effektive Partizipation
- gleiches Stimmrecht
- Zugang zu Informationen
- Kontrolle der politischen Agenda

Zugehörige Institutionen, die ein Land ab einer gewissen Größe braucht, um dies umzusetzen, sind:

- gewählte RepräsentantInnen
- freie, gerechte und regelmäßige Wahlen
- Meinungsfreiheit
- unabhängige Informationsquellen
- Versammlungsfreiheit

Darüber hinaus sollte es Thematiken geben, die nicht zur Diskussion stehen, um der Demokratie an sich nicht zu schaden. Dies sind Grundwerte und Spielregeln, die von möglichst allen getragen werden (Schmidt, 2010, S. 215). Priorität in diesem Ansatz hat also nicht der Miteinbezug möglichst vieler BürgerInnen, sondern ein möglichst gut und fair funktionierendes System der Repräsentation (Dachs, 2008, S. 24).

2.1.3 Soziale Demokratie

Wesentliches Merkmal der sozialen Demokratie ist es, den BürgerInnen soziale und wirtschaftliche Grundrechte zuzusprechen, um das formale Versprechen auf Gleichheit der Teilhabe auch in die Realität umzusetzen und Exklusion zu verhindern (Meyer, 2009, S. 100). Die soziale Demokratie erweitert die Demokratie um die Komponente der sozialen Gerechtigkeit. Der Schutz des Einzelnen bezieht sich nicht nur auf die politische Sphäre, sondern auch auf die soziale Existenz. Die soziale Demokratie stellt somit einen Anspruch an den Staat, den er seinen BürgerInnen gegenüber einlösen soll (Meyer, 2009, S. 100). Dies passiert durch die Reduzierung von sozioökonomischer Ungleichheit durch Umverteilung und Rechten, wie das Recht auf Wohnraum, faire Arbeitsbedingungen und Gesundheits- und Altersvorsorge (Zandonella, 2019, S. 6). Die soziale Demokratie hat das Ziel sich auf möglichst viele Bereiche der Gesellschaft auszubreiten, das heißt auch Umsetzung sozialer Prinzipien und Mitbestimmung in Wirtschaft, Gesellschaft, Verwaltung und Schulen (Meyer, 2009, S. 104).

2.1.4 Partizipatorische Demokratiemodelle

Partizipative Modelle sehen Beteiligung als normatives Hauptziel von Demokratie. Es geht also um die Mitbestimmung möglichst vieler in möglichst allen Bereichen der Gesellschaft (Schmidt, 2010, S. 238). Dies beinhaltet die Befähigung der BürgerInnen zu deren Mitbestimmung.

Partizipatorische Modelle kritisieren andere Modelle in deren geringem Vertrauen in das Mitentscheidungspotenzial der BürgerInnen (Dachs, 2008, S. 25).

Ein Beispiel hierfür ist das Strong-Democracy Modell von Benjamin Barber (Barber, 2003). Barber unterscheidet zwischen Strong und Thin Democracy. Wobei sich die „Thin Democracy“ Konzepte im Herzen immer auf die „negative Freiheit“ des Individuums, d.h. dem Schutz vor der Willkür des Staates beziehen. Das Strong Democracy Modell zeichnet sich dadurch aus, dass es Theorien vereint, die die normativen Inhalte von Demokratie möglichst umfassend deuten. Er fordert eine Form der Selbstregulierung der BürgerInnen durch eine politische Partizipation auf allen Ebenen (Barber, 2003, S. 10).

2.1.5 Demokratietheorien - Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung

Dieser Arbeit soll ein breites Demokratieverständnis zugrunde liegen. Dies bedeutet, dass keines der dargestellten Modelle als „wahre Perspektive“ betrachtet werden kann, und alle Perspektiven Erkenntnisgehalt haben. Wenn nun in den folgenden Kapiteln Demokratie-Lernen, institutionskundliches Lernen, die Kompetenzmodelle oder die Einstellung von BürgerInnen zur Demokratie behandelt werden, dann immer vor dem Hintergrund, dass dabei auf verschiedene Aspekte dieser Demokratiemodelle Bezug genommen wird. In der praktischen Arbeit mit Jugendlichen kommt es ebenfalls situationsbedingt darauf an, welches Modell von Demokratie für welche Lernziele als sinnvoll erachtet wird. Dabei ist beispielsweise zu unterscheiden, ob mit für die Jugendlichen wünschenswerten Bildern von Demokratie gearbeitet wird, oder ob reale politische Prozesse diskutiert werden.

2.2 Was ist Politik?

„Politik bezeichnet allgemein das Handeln von Menschen, Interessensgruppen, Parteien, Organisationen mit dem Ziel, die gesellschaftliche Entwicklung zu beeinflussen, also die Gesellschaft und damit auch ihre normative Ordnung, ihr Recht zu gestalten. Ziele politischen Handelns sind allgemein verbindliche Entscheidungen“ (Ucakar et al., 2017, S. 11). In der Politikwissenschaft wird hierbei in drei Dimensionen von Politik kategorisiert: Polity, Politics und Policy. Polity beschreibt die Form, also die Institutionen von Politik, Policy die Inhalte und Politics den Prozess. Diese verschiedenen Dimensionen von Politik helfen, sie zu erfassen und Komplexität zu reduzieren (Gärtner, 2016, S. 22).

Abbildung 1

Die drei Dimensionen von Politik (In Anlehnung an Ucakar et al., 2017, S. 28)

Polity Formale Dimension der Politik • Umfasst normative, verfassungsrechtliche Grundlagen der Politik • Im politischen System definiert sie den Handlungs- und Bezugsspielraum, in dem politische Prozesse als auch Inhalte stattfinden (quasi als Voraussetzung für das Funktionieren der anderen beiden Dimensionen) • Beispiele: Verfassung, Staatsaufbau, Regierung, Parlament, andere politische Institutionen usw., aber auch die dahinterstehenden Ideologien und Ideen
Politics Prozessuale Dimension der Politik • Umfasst politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie wichtige politische Abstimmungs- und Koordinationsmechanismen (geprägt vom Wechselspiel zwischen Macht und Konsens) • Im politischen System beinhaltet sie die Interessensartikulation und -durchsetzung der politischen Akteure • Beispiele: informelle Vermittlungskonstellationen und Austausch von Zugeständnissen zwischen Parteien, Verbänden und Gebietskörperschaften (z.B. Regierungsverhandlungen)
Policy Inhaltliche Dimension der Politik • Umfasst die inhaltlichen Ziele, Aspekte und Programme • Im politischen System fokussiert sie vor allem die Formulierung und Umsetzung der Politik; welche Akteure versuchen aus welchen Motiven heraus mit welchen Instrumenten welche inhaltlichen Ergebnisse zu erzielen oder diese zu verhindern? • Beispiele: Sozial-, Umwelt-, Verkehrs-, Finanz-, Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftspolitik

2.3 Politische Bildung

2.3.1 Politische Bildung historisch

Die Wurzeln der politischen Bildung, in der Vorstellung eines „mündigen Bürgers“, können auf die Aufklärung zurückgeführt werden. Das Bild von freien BürgerInnen, deren Zusammenleben durch einen Wertekatalog bzw. einen Gesellschaftsvertrag geregelt wird, bedarf der Mündigkeit der einzelnen BürgerInnen. Die bürgerlichen Freiheiten zu beanspruchen und sich gleichzeitig an die gemeinsamen Normen zu halten, bedarf gewisser Verhaltensmuster, den bürgerlichen Habitus, zu dem die Bevölkerung erst befähigt werden muss (Hellmuth & Klepp, 2010, S. 15f).

Die Anfänge der schulischen politischen Bildung im Habsburgerreich entsprechen jedoch keineswegs dem aufgeklärten Ideal der Selbstbestimmung.

Die sogenannte Staatsbürgerliche Erziehung diente der Erziehung der Untertanen. Es war ein staatszentriertes, auf nationale Integration und Identitätsstiftung zielendes Konzept der politischen Bildung (Sander, 2014, S. 23). Es ging um die „Unterordnung in das Ganze, die Liebe zum Vaterland und die Erziehung zum braven Staatsbürger“ (Hellmuth & Klepp, 2010, S. 19).

Zu einem Umdenken kam es in Österreich mit der Etablierung eines demokratischen Systems nach dem 1. Weltkrieg. Das Interesse an Veränderungen in der politischen Bildung steigt immer dann sprunghaft, wenn ein Legitimationsmuster in Gefahr ist oder eine neues etabliert werden soll (Hellmuth & Klepp, 2010, S. 17). So auch in Österreich in der Zwischenkriegszeit. Als der Sozialdemokrat Otto Glöckel zum Unterstaatssekretär für Unterricht ernannt wird, sollen Bildungsprivilegien abgeschafft und das Schulsystem umfangreich reformiert werden. Die politische Erziehung dieser Zeit unterstützt eine Demokratisierung und dient gleichzeitig der Identitätsbildung einer deutsch-österreichischen Nation. Diese Reformen werden nach Machtübernahme durch Engelbert Dollfuß und der Ausschaltung des Parlaments jedoch wieder rückgängig gemacht (Diendorfer & Urban, 2016, S. 129).

Im NS-Regime wurden alle Bildungsinstitutionen dem nationalsozialistischen Gedankengut untergeordnet. Der ganze Staat kann als Erziehungsstaat charakterisiert werden, in welchem sich das Individuum unterordnet und jeder Bereich des Lebens vom nationalsozialistischen Gedankengut durchdrungen wird. Schulische und außerschulische Bildungsinstitutionen haben die Aufgabe, den nationalsozialistischen Menschen zu formen (Hellmuth & Klepp, 2010, S. 41).

Nachdem sich in Österreich nach 1945 die Opferthese, also Österreich als Opfer expansiver Politik des nationalsozialistischen Deutschlands, durchsetzt, beschäftigt sich die politische Bildung in Österreich, anders als in Deutschland, nicht mit der Aufarbeitung der NS Zeit und einer Re-Demokratisierung der Bevölkerung.

In Österreich wird die schulische politische Erziehung erstmals genutzt, um eine national-österreichische Identität zu etablieren. Die Erziehung zum bewussten Österreichertum ist gemäß dem „Erlaß zur staatsbürgerlichen Erziehung“ von 1949 das wichtigste Ziel der politischen Bildung (Sander, 2014, S. 25). In Österreich nach 1945 standen öffentliche Mittel vor allem für politische Bildungsarbeit der Parteien zur Verfügung. Es fehlte an Ressourcen für überparteiliche Programme der politischen Bildung bzw. den Aufbau von staatlichen Institutionen und Programmen zur politischen Bildung (Filzmaier, 2002, S. 4).

In der schulischen politischen Bildung gilt diese heute weitgehend als Unterrichtsprinzip - eines von einem Dutzend. Dies bedeutet, dass politische Bildung in allen Fächern miteinbezogen und mitgedacht werden soll, es aber kein eigenständiges Fach gibt, ausgenommen in den Berufsschulen. Dort existiert politische Bildung als ein eigenes Unterrichtsfach (Sander, 2014, S. 26). Zu einer Demokratieinitiative kam es in Österreich im Zusammenhang mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Dies führte zu einer Weiterentwicklung schulischer politischer Bildung und der Gründung von Institutionen für politische Bildung (Sander, 2014, S. 26).

Aus der historischen Perspektive ergeben sich in Deutschland drei Grundmuster der politischen Bildung in der Neuzeit. Diese sind auch für die politische Bildung in Österreich bis heute relevant.

1. Herrschaftslegitimation: „Auf wievielerlei Arten kann man die Untertanen eines deutschen Staates überzeugen, dass sie unter einer weisen, gerechten und milden Regierung leben?“ (Sander, 2014, S. 27). Darunter fallen Staatsbürgerliche Erziehung, nationalsozialistische Erziehungspolitik und die politische Erziehung in der DDR.

2. Mission: Besserung gesellschaftlich-politischer Verhältnisse, um einen erwünschten zukünftigen Zustand herbeizuführen (Sander, 2014, S. 28).

Hier handelt es sich um idealistisch-kulturell geprägte staatsbürgerliche Erziehung wie bei sozialistischen Erziehungskonzepten der Arbeiterbewegung des 19. und des frü-

hen 20. Jahrhunderts (Sander, 2014, S. 28). Dies findet vor allem durch Parteien, Verbände, etc. zur Verbreitung politischer Überzeugungen statt. Gemeinsam haben diese, dass die Lehrenden eine gültige Wahrheit innehaben, die die Lernenden nachvollziehen sollen (Sander, 2014, S. 28).

3. Mündigkeit: Politische Bildung zur eigenständigen Auseinandersetzung der Lernenden mit dem Bereich Politik, ohne dabei Meinungen oder Überzeugungen vorwegzunehmen. Diese werden dem Lernenden selbst überlassen.

Das kann bedeuten, dass Lernende im politischen Meinungsbildungsprozess zu anderen Ergebnissen und Überzeugungen kommen können, als die Lehrenden. Dies kann sogar ein wünschenswertes Ergebnis als Teil des Lernprozesses sein (Sander, 2014, S. 28). Dieser Prozess des Erlernens politischer Mündigkeit schließt parteipolitische Überzeugungsarbeit aus und fördert Kontroversität. Es soll die freie Meinungsbildung des Lernenden fördern.

Dies bedeutet nicht, dass jede Arbeit der politischen Bildung eindeutig einer dieser drei Kategorien angehören kann und muss. Die Praxis der politischen Bildung verhält sich natürlich komplexer und die Grenzen der Kategorien sind nicht immer eindeutig (Sander, 2014, S. 28).

2.3.2 Politische Bildung historisch – Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung

Die politische Bildung durch den NÖ Landtag ist eine überparteiliche Maßnahme durch eine demokratische Institution und soll die schulische politische Bildung ergänzen.

Auch wenn politische Bildung nicht eindeutig einer der drei Grundmuster zugeordnet werden kann, ergibt sich aus demokratischer Perspektive bzw. für die Arbeit durch den Landtag mit Jugendlichen eine Priorität für das Bildungsziel der Mündigkeit. Dies ist am besten vereinbar mit der demokratischen Idee von freien BürgerInnen.

2.4 Zugänge und inhaltliche Aufgabenfelder der politischen Bildung

Der folgende Teil setzt sich mit aktuellen Debatten und Konzepten der politischen Bildung auseinander. Dieser beschäftigt sich vor allem mit jenen Konzepten, die für die handlungsorientierten Lernangebote durch den NÖ Landtag relevant sind.

2.4.1 Demokratie-Lernen / Demokratieerziehung

Laut Himmelfmann befinden wir uns gerade in einer Phase der Identitätssuche, was die zukünftige Orientierung von politischer Bildung betrifft (Himmelfmann, 2005, S. 5).

Diese Identitätssuche baut auf drei zentralen Fragen auf (Himmelfmann, 2005, S. 7):

- In welcher historischen Phase der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung stehen wir jetzt und in naher Zukunft? (Zeitdimension).
- Was soll der Gegenstand des Lernens sein? (Sachfrage).
- In welcher Lage befinden sich die Jugendlichen gerade? (Sozialisationsfrage).

Das Konzept des Demokratie-Lernens beschäftigt sich vor allem mit der zweiten Frage, der Sachfrage.

Die Frage ist, auf welche Theorien und Begriffe man sich in der politischen Bildung bezieht. Dazu herrscht derzeit rege Diskussion, daher läuft die politische Bildung Gefahr ihr Profil zu verlieren und keine klare Identität herausbilden zu können (Himmelfmann, 2005, S. 17).

Das Konzept des Demokratie-Lernens plädiert in dieser Sachfrage darauf, den Begriff Demokratie anstatt den Begriff Politik ins Zentrum der politischen Bildung zu rücken. Die Argumentation ist, dass Politik ein vager Begriff ist, es Politik immer schon gegeben hat und diese zeit- und raumlos ist.

Die Demokratie jedoch ist ein erkämpftes Herrschafts- und Regierungssystem, dessen Werte und Regeln wir schon möglichst früh einüben und verstehen sollten. Der Begriff Demokratie ist normativ und richtungsweisend (Himmelfmann, 2005, S. 24).

Nachdem Demokratie einem ständigen Neuschöpfungsprozess unterliegt, also etwas Prozesshaftes ist, bedarf es dem Lernen von Demokratie (Himmelfmann, 2006, S. 76).

Die Sachinhalte politischer Bildung, welche das Konzept des Demokratie-Lernens vorschlägt, sind in drei Kategorien eingeteilt:

Abbildung 2

Die drei Dimensionen von Demokratie-Lernen (in Anlehnung an Himmelmann, 2006, S. 79)

Demokratie als Herrschaftsform	Demokratie als Lebensform	Demokratie als Gesellschaftsform
-Menschenrechte/Rechtsstaat -Wahlen/Volkssouveränität -Parlamentarismus/Parteienwettbewerb -Gewaltenteilung -soziale Sicherung	-Zivilität/Fairness -Toleranz -Vielfalt der Lebensstile (pursuit of happiness) -Chancenvielfalt -Solidarität -Selbstorganisation	-Pluralismus -Soziale Differenzierung -Friedliche Konfliktregelung -Konkurrenz/Marktwirtschaft -Offenheit/Öffentlichkeit -Zivilgesellschaft

Die Demokratie als Herrschaftsform beruht auf der Anerkennung von Menschen- und BürgerInnenrechten, auf Kontrolle von Macht, Parlamentarismus und fairem Parteienwettbewerb (Himmelmann, 2006, S. 75). Dies bezieht sich auf Funktionen und Aufgaben des Staats.

Die Demokratie als Gesellschaftsform sieht „die Schwerpunkte im Erlernen und Verstehen der Dynamik von Pluralismus und Gruppenkoordination, von Konflikt und Konfliktregulierung, von Konkurrenz und Solidarität, von Offenheit, Öffentlichkeit und Zukunftsfähigkeit sowie von bürgerschaftlichen Netzwerken in der Zivil- und Bürgergesellschaft“ (Himmelmann, 2005, S. 191).

Die Idee der Demokratie als Lebensform kann auf John Dewey zurückgeführt werden. Dewey geht davon aus, dass Menschen zu verschiedensten Zwecken miteinander in Beziehung treten. Jede/r Einzelne gehört vielen Gruppen mit verschiedensten Zielen und Interessen an (Dewey, 2011, S. 113). Die Aufgabe besteht nun darin, wünschenswerte Formen der Interaktion herauszuheben und unerwünschte zu kritisieren und zu verbessern (Dewey, 2011, S. 115). Dadurch entsteht eine ständige Umgestaltung des sozialen Verhaltens, eine ständige Neuanpassung. Dies zeichnet eine demokratisch aufgebaute Gesellschaftsform aus (Dewey, 2011, S. 120). Die demokratische Lebensweise geht von der Würde und Selbstständigkeit der einzelnen Person aus. Dies muss durch Erziehung (Anm. deutsche Übersetzung für Education) zur Kooperations- und Gesellschaftsfähigkeit gelernt werden. „Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey, 2011, S. 121).

Die Schwerpunkte der Demokratie als Lebensform liegen bei der Ausbildung von Individualität und Selbstbewusstsein sowie sozialer Kompetenz. Dies sind nun auf der

Ebene des Individuums elementare Voraussetzung für die Demokratie (Himmelfmann, 2005, S. 190). Demokratie ist also in dieser Wahrnehmung kein abstraktes politisches System, in welchem der Einzelne alle paar Jahre durch Wahlen partizipiert. Es ist nicht nur Regierungsform, sondern auch Gesellschafts- und Lebensform (H. Krammer, 2012, S. 28).

2.4.1.1 Re-Education

Ein historisches Beispiel für einen Ansatz politischer Bildung der sowohl auf Herrschafts-, Gesellschafts-, und Lebens-ebene ansetzte, ist das Re-Education Programm der Alliierten in Deutschland nach 1945.

Im Kern ging es bei diesen Bestrebungen darum, die Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg zu resozialisieren und zur Demokratie zu erziehen. Die autoritären Verhaltensmuster sollten aufgebrochen werden und somit die Demokratie im alltäglichen Leben verankert werden (Himmelfmann, 2005, S. 55). Zwei Kernpunkte waren dabei:

1. Erziehung zur individuellen Selbstständigkeit und zur moralisch verankerten Selbstverantwortung
2. Erziehung zur gemeinsamen Kooperations- und Gesellschaftsfähigkeit (Himmelfmann, 2005, S. 54)

Es ging um die Bildung einer Kultur, die geprägt ist von Respekt für andere, einer Erneuerung der Marktwirtschaft und damit zu einer Ermöglichung einer rechtsstaatlichen Demokratie.

„Als Gradmesser der demokratischen Mentalitäten wurden Einstellungen angesehen, die die Wertehaltung der Deutschen anzeigten: insbesondere Toleranz, soziale Verantwortungs-fähigkeit und partnerschaftliche Familienbeziehungen“ (Gerhardt 1999, S. 378). Letztlich lag diesem Konzept ein positives Menschenbild zugrunde, d.h., dass die Menschen durch die Ermöglichung entsprechender Erfahrungen demokratische Verhaltensweisen erlernen können. Neben den Beiträgen von Psychologen, Soziologen und Ökonomen, die in sehr vielfältiger Weise an der Entwicklung des Konzepts der Re-Education beteiligt waren, zeigte sich, dass vor allem das Erziehungskultur-Konzept von John Dewey maßgeblichen Einfluss auf den Re-Education Ansatz hatte (Scherb, 2008, S. 83ff).

2.4.2 Demokratie-Lernen – Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung

Das Konzept des Demokratie-Lernens erweitert das handlungsorientierte Konzept der politischen Bildung in ihrem inhaltlichen Anspruch.

Der NÖ Landtag soll ein Ort sein, an welchem demokratische Prozesse nachvollziehbar gemacht werden und die Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform erfahrbar wird. Zusätzlich zum kognitiven Prozess der Nachvollziehung politischer Prozesse muss Demokratie durch Handlung und Reflexion erprobt und eingeübt werden (Lange & Himmelmann, 2007, S. 22). Der handlungsorientierte Ansatz für politische Bildung sieht die drei Kategorien der Sachinhalte von Demokratie-Lernen in Wechselwirkung. Beispielsweise sind Parlamente nicht ohne Pluralismus zu verstehen und Pluralismus nicht ohne Toleranz. In dem Sinne beziehen sich einige Methoden auf verschiedene Kategorien gleichzeitig. Das Modell des Demokratie-Lernens ist nützlich, um zu verorten, auf welcher Ebene handlungsorientierte Lernangebote primär ansetzen. Bei der Zielsetzung ist es sinnvoll, eine der drei Kategorien in den Vordergrund zu stellen, um Klarheit darüber zu schaffen, auf welcher Ebene gearbeitet werden soll.

2.4.3 Kompetenzorientierte politische Bildung

Da es sich bei der Zielgruppe dieser Studie ausschließlich um SchülerInnen handelt, soll hier skizziert werden, was laut dem Kompetenz-Strukturmodell des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie den Lehrplänen für politische Bildung für Berufsschulen Inhalte der politischen Bildung sind. Schließlich verstehen sich die Lernangebote des NÖ Landtags als Ergänzung zu den schulischen Maßnahmen der politischen Bildung. Deswegen sollen Schnittmengen zum Kompetenzmodell des Ministeriums mit den Lernangeboten des NÖ Landtags aufgezeigt werden.

Weinert definiert Kompetenzen als „die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernten kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können“ (Weinert 2001, S. 27).

Das Kompetenzorientierte Modell des Bildungsministeriums (Krammer, Kühberger, Windischbauer, 2008) spricht von 4 Kategorien von Kompetenzen, die anhand von

politischer Bildung erlernt werden: Handlungskompetenz, Methodenkompetenz, Sachkompetenz und Urteilskompetenz. Im Rahmen von Maßnahmen politischer Bildung durch den NÖ Landtag werden folgende Kompetenzbereiche behandelt. Behandelt meint, dass Kompetenzen entweder erworben oder vorhandene Kompetenzen unter neuen Bedingungen zur Anwendung gebracht werden.

Politische Handlungskompetenz: diese behandelt Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, politische Konflikte auszutragen, eigene politische Positionen zu artikulieren, politische Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen sowie an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken. Dazu gehört Kompromissbereitschaft, Toleranz und Konfliktfähigkeit (Krammer, 2008, S. 9).

Urteilskompetenz: die Jugendlichen können selbst Urteile treffen, die interessens- und standortgebunden sind und dabei Folgen und Auswirkungen bei der Erstellung von Urteilen miteinbeziehen (Krammer, 2008, S. 7).

Politische Methodenkompetenz: das sind Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften über jene Verfahren und Methoden zu verfügen, die dazu beitragen, Manifestationen des Politischen zu verstehen (z.B. Reden von PolitikerInnen, Zeitungsartikel, Berichte etc.), zu hinterfragen sowie die eigene politische Willensäußerung unterstützen (Krammer, 2008, S. 10).

Politische Sachkompetenz: notwendiges Wissen aufbauen, um die oben vier genannten Kompetenzen erlernen zu können. Das heißt, politische Konzepte verstehen, über sie verfügen und kritisch weiterentwickeln können. Dazu gehört auch sich gewisse fachsprachliche Begriffe anzueignen (R. Krammer, 2008, S. 11).

2.4.4 Lehrplan Politische Bildung für Berufsschulen

Im Lehrplan lautet es in der Einleitung zu didaktischen Grundsätzen für den Pflichtgegenstand Politische Bildung:

„Im Vordergrund des Unterrichts stehen die Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung des Interesses an Politik und an politischer Beteiligung. Die Auseinandersetzung mit aktuellen, politischen und gesellschaftlichen Geschehen ist vor das Faktenwissen zu stellen.“ (BGBl. II Nr. 211/2016)

Der Lehrplan ist in drei konkrete Kompetenzbereiche aufgeteilt:

- Kompetenzbereich Lernen und Arbeiten
- Kompetenzbereich Leben in der Gesellschaft
- Kompetenzbereich Mitgestalten der Gesellschaft.

Schnittmengen mit der politischen Bildung durch den NÖ Landtag finden sich nun vor allem aus dem drittgenannten Kompetenzbereich (BGBl. II Nr. 211/2016).

Konkret bei den Punkten die Schülerinnen und Schüler

- kennen zentrale Kriterien von Demokratie und können diese im Vergleich zu anderen Regierungsformen darstellen,
- können persönliche Standpunkte und Interessen artikulieren und reflektieren sowie die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Staatsbürgerinnen bzw. Staatsbürger nachvollziehen und beurteilen,
- können politische Positionen bewerten, sich ein Urteil bilden, eigene Meinungen und Haltungen formulieren und begründen sowie Möglichkeiten der Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen und zum zivilgesellschaftlichen Engagement aufzeigen,
- kennen die wesentlichen Prinzipien und die Grundfreiheiten der EU und können deren Auswirkungen auf den Alltag darlegen.

2.4.5 Institutionskundliches Lernen

In Himmelmanns Modell des Demokratie-Lernens befinden wir uns hier auf der Ebene der Demokratie als Herrschaftsform. Laut Himmelmann (Himmelmann, 2005, S. 190) ist bei der Demokratie als Herrschaftsform die Hauptfrage, wie ein Grund- und Menschenrechten basierter Volkssouverän (der Demokratie-Input) über ein funktionsfähiges und effektives System verbindliche Entscheidungen produzieren kann (der Output der Demokratie). Dies, ohne die Grundelemente der anderen beiden Prinzipien Demokratie als Lebensforum und Demokratie als Gesellschaftsform zu verletzen (Himmelmann, 2005, S. 190). (Siehe dazu Kapitel Demokratie-Lernen)

Kernfragen sind folgende:

- Wie ist institutionskundliches Lernen zu verorten?
- Was ist der Inhalt von institutionskundlichem Lernen?

- Welche Problemlagen ergeben sich bezüglich dem Verhältnis von Jugendlichen zu demokratischen Institutionen?
- Was soll dadurch erreicht werden, wenn sich Jugendliche mit Institutionen beschäftigen?
- Wie soll über Institutionen gelernt werden?

Unter demokratischen Institutionen sind nun verschiedene Ebenen von Institutionen zu verstehen. Relevant für diese Arbeit sind zwei Ebenen von Institutionen: politische Institutionen (Regierung, Parlament, Verwaltung, Gerichte, föderative und kommunale Einrichtungen) und gesellschaftspolitische Institutionen (Parteien, Verbände, Massenmedien, zivilgesellschaftliche Organisationen). Die Lernangebote des NÖ Landtags beschäftigen sich mit Institutionen auf diesen beiden Ebenen, ganz zentral sind die Institutionen Parlamente bzw. Landtage.

Demokratische Institutionen sind für Jugendliche oft fernab ihrer Lebensrealität und die Distanz von Jugendlichen zu den traditionellen politischen Institutionen scheint sich weiter zu vergrößern (Massing, 2014, S. 295). Massing geht davon aus, dass politische Bildung, die gesellschaftliche und politische Institutionen nicht miteinbezieht, die politische Wirklichkeit verfehlt (Massing, 2014, S. 295).

Jugendliche brauchen eine Vorstellung von der Bedeutung allgemeiner Spielregeln und institutioneller Verfahrensweisen bei der Willensbildung und der Bildung von verbindlichen Entscheidungen. Es soll ein Bewusstsein dafür entwickelt werden, dass es sich bei demokratischen Entscheidungen um komplexe Vorhaben handelt (Lange & Himmelmann, 2007, S. 33).

Somit ergibt sich die Frage, auf welche Weise und mit welchen Zielen sich diese Distanz der Jugendlichen zu politischen Institutionen verringern lässt.

Eine Antwort darauf ist, den Sinn hinter einer Institution zu erfragen (Massing, 2014, S. 296). Institutionen gründen auf einer bestimmten Idee, sind immer von Menschen gemacht, und somit auch von Menschen veränderbar. Es geht darum sich mit zentralen Leitgedanken zu beschäftigen und nicht das Auswendiglernen von Fakten.

Institutionskundliches Lernen muss Institutionen im Zusammenhang mit politischen Prozessen und Inhalten beschreiben und analysieren. Nur so kann die Komplexität und der Kontext politischer Wirklichkeit erfasst werden (Massing, 2014, S. 297).

Es ergeben sich folgende Prinzipien bei der Erschließung von Institutionen (Massing, 2014, S. 298):

Erfahrungsorientierung: versucht einen Zusammenhang zwischen Lebenswelt und Politik herzustellen. Zwei Wege sind hierbei denkbar: der Weg von der Erfahrungswelt von Jugendlichen zur Institution oder umgekehrt der Weg von der politischen Institution hin zur Erfahrungswelt.

Problemorientierung: Ziel ist es anhand konkreter politischer Kontroversen einen Zugang zu Entscheidungsprozessen, Strukturen und Funktionen politischer Institutionen herzustellen. Dies kann aus der Perspektive der politisch Handelnden ebenso wie aus der Perspektive der politisch Betroffenen gesehen werden.

Binnenorientierung: meint einen Zugang aus der Perspektive des Akteurs. Fallbeispiele und Simulationen führen zur Perspektive des politisch Handelnden und dadurch zur Auseinandersetzung mit dem Handeln von Akteuren in Institutionen sowie deren Motivation. Dies vor dem Hintergrund des Spannungsfelds von Handlungsspielräumen eines Akteurs und institutionellen Zwängen.

2.4.5.1 Institutionskundliches Lernen - Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung

Den Jugendlichen demokratische Institutionen näher zu bringen ist eine Kernaufgabe der Lernangebote des NÖ Landtags. Um dies zu bewerkstelligen muss einerseits der Sinn hinter Institutionen erfragt werden und andererseits sollen in der didaktischen Erschließung von Institutionen die drei Prinzipien Erfahrungs-, Problem- und Binnenorientierung zum Einsatz kommen.

2.4.5.2 Parlament und Landtag

Die folgenden Abschnitte zu Parlament und Landtag beschäftigen sich mit theoretischen Inhalten des institutionskundlichen Lernens, mit den für diese Arbeit wichtigsten Institutionen. Es handelt von einem Teil der institutionellen Ausgestaltung des österreichischen demokratischen Systems und wird im dreigeteilten Politikbegriff mit der Kategorie Polity, also verfassungsrechtliche Grundlagen des Systems, in welchem politischen Prozesse stattfinden, beschrieben. Konkret geht es um die Rolle des Parlaments und des Landtags im politischen System. Dies bezieht sich einerseits auf die

verfassungsrechtliche Ebene und andererseits auf die oben angesprochene sinngebende Komponente, der Grundidee dieser Institutionen in einer Demokratie.

„Die moderne Demokratie ist eine parlamentarische und der Parlamentarismus scheint mir, wenigstens nach den bisherigen Erfahrungen, die einzig mögliche Form zu sein, in der Demokratie innerhalb der sozialen Wirklichkeit von heute realisierbar ist.“ (Tönnies & Kelsen, 1927, S. 44), schreibt Hans Kelsen, welcher als Vater der österreichischen Bundesverfassung gilt. Weiter heißt es „wenn darum Demokratie und Parlamentarismus keineswegs identische Begriffe sind.... Charakteristisch ist die Mittelbarkeit der Willensbildung, daß (sic!) der staatliche Wille nicht unmittelbar durch das Volk selbst, sondern durch ein – allerdings vom Volke geschaffenes – Parlament erzeugt wird“ (Tönnies & Kelsen, 1927, S. 44).

Parlamentarismus bedeutet nach Kelsen also: Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein vom Volke gewähltes Kollegialorgan.

In der österreichischen Bundesverfassung lauten die ersten beiden Artikel:

Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus. (Artikel 1 BV-G) und weiter:

- (1) Österreich ist ein Bundesstaat. (Artikel 2 BV-G)
- (2) Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Wien.

Verbindliche Entscheidungen werden im politischen System Österreichs also nicht direkt vom Volk getroffen, sondern legitimiert durch Wahlen durch RepräsentantInnen in Institutionen. In Österreich hat das Prinzip der repräsentativen Demokratie Vorrang gegenüber der direkten Demokratie. Es gibt einzelne Instrumente der direkten Demokratie wie Volksabstimmungen und Volksbegehren. Das Ausmaß deren Anwendung ist jedoch gering (Müller, 2006, S. 106).

Wichtigste Funktion des Parlaments ist die Gesetzgebung. Nach Artikel 24 (B-VG) wird die Bundesgesetzgebung vom Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat ausgeübt. Wobei der Nationalrat die zentrale Rolle in der Bundesgesetzgebung einnimmt. Gesetze werden dabei durch parlamentarische Beschlussfassung demokratisch legitimiert (Ucakar et al., 2017, S. 115).

Des Weiteren hat das Parlament im politischen System eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Das Parlament kann einzelne Minister oder die gesamte Bundesregierung abwählen, kann Fragen an die Mitglieder der Bundesregierung richten und Untersuchungsausschüsse installieren. Darüber hinaus kontrolliert das Parlament laufend den Budgetvollzug und hat somit Kontrollverantwortung in Budgetsachen.

Das Parlament hat eine Rekrutierungsfunktion, indem es staatspolitisch wichtige Ämter besetzt (z.B. Nationalratspräsident, Rechnungshofpräsident) bzw. das Recht nicht nützt diese abzusetzen (Ucakar et al., 2017, S. 121).

Die Wortherkunft von Parlament stammt aus dem Altfranzösischem: „parlement“ und meint Unterredung oder Versammlung (Marschall, 2016, S. 19). Die institutionelle Idee eines Parlaments ist die der Volksvertretung (Marschall, 2016, S. 60).

Eine weitere Grundidee von Parlamenten ist die der Repräsentation. Hier sollen sowohl politische als auch sozioökonomische Gruppen der Gesellschaft abgebildet und vertreten werden.

Ernst Fränkel definiert die Repräsentation folgendermaßen:

„Repräsentation ist die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und mit dem Anspruch legitimieren, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen!“ (Fraenkel, 2011, S. 165).

Ernst Fränkel vertritt ein liberal-pluralistisches Demokratiemodell (Schmidt, 2010, S. 216). (Vgl dazu Abschnitt Demokratie).

Demokratisch ist Parlamentarismus dann, wenn dem Parlament eine wichtige Stellung in der politischen Entscheidungsfindung zukommt. Darüber hinaus, wenn diese Parlamente durch Wahlen zustandekommen, die gewissen Wahlprinzipien standhalten. Diese sind allgemein, gleich, direkt, frei und geheim (Marschall, 2016, S. 38).

2.4.5.3 Der NÖ Landtag in der Österreichischen Demokratie

Wie aus dem Artikel zwei der Verfassung zu entnehmen (Artikel 2 BV-G) ist Österreich ein Bundesstaat, welcher aus neun selbstständigen Ländern besteht. Die Landtage sind die Landesorgane, die auf eine direkte demokratische Legitimation durch die Landtagswahlen referenzieren können (Ucakar et al., 2017, S. 32). Im Wesentlichen

entsprechen die Aufgaben des NÖ Landtags jenen zuvor für das Parlament beschriebenen Aufgabenfelder: Gesetzgebung, Kontrolle und Repräsentation. Unterschiede ergeben sich in der Gesetzgebung einerseits, da es sich bei den Landtagen um Einkammersysteme handelt (im Gegensatz zum Nationalrat- Bundesrat Zweikammersystem auf Bundesebene) und andererseits bezogen auf die inhaltlichen Kompetenzen, die zwischen Bund und Ländern aufgeteilt sind.

Die Kontrollfunktion verändert sich gegenüber dem Parlament bzw. anderen Landtagen durch die Zusammensetzung der NÖ Landesregierung im Proporzsystem. Alle Parteien haben dort einen durch die Landesverfassung garantierten Anspruch, entsprechend ihrem Stimmenanteil bei den Landtagswahlen in der Landesregierung vertreten zu sein. Vorausgesetzt ist ein bestimmter Mindeststimmenanteil (Ucakar et al., 2017, S. 141f). Dies beeinträchtigt die Kontrollfunktion mangels „echter“ Opposition (Ucakar et al., 2017, S. 143). Bezüglich der Rekrutierungsfunktion wählt der NÖ Landtag die Landesregierung, den Landtagspräsidenten und den Landesrechnungshofpräsidenten.

2.4.5.4 Landtag und Föderalismus

Der Landtag ist eine föderale Institution und fördert das Prinzip des Föderalismus. Kern der Idee des Föderalismus ist die Balance von Autonomie der Regionen und Machtteilung im Bundesstaat. Diese Balance gibt Raum für regionale Souveränität und BürgerInnennähe (Anderson, 2008, S. 15ff). Föderalismus beruht auf dem Subsidiaritätsprinzip, d.h. wenn die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern nicht klar ist, erhält die kleinere politische Einheit Priorität. Darüber hinaus sorgt der Föderalismus für eine vertikale Gewaltenteilung – durch Aufteilung der Macht zwischen Bund und Ländern (Sturm, 2018, S. 442).

2.4.6 Einstellung von BürgerInnen zur Demokratie/ Demokratiebewusstsein

Hier beziehen wir uns auf die Einstellungen von BürgerInnen über die Demokratie. Einen historischen Rahmen können wir hier wieder zu den traumatischen Erfahrungen mit dem europäischen Faschismus ziehen und der Frage, wie ein stabiles demokratisches System aussehen kann, das gegen solche Rückfälle immun ist. Diese Stabilität

soll nun durch demokratische Bildung der BürgerInnen in einer Demokratie gefördert werden. Dabei beschäftigt uns die Frage, wie groß der Rückhalt für ein demokratisches System in der Bevölkerung ist, oder umgekehrt ausgedrückt, wie groß die Gefahr der Hinwendung zu autoritäreren politischen Angeboten ist (Lauß & Schmid-Heher, 2017, S. 96).

Die Stabilität und Legitimität eines demokratischen Systems hängen nach Easton (1979: S. 15f) vom Grad der Systemunterstützung ab, wobei unterschieden wird zwischen spezifischer Unterstützung des Systems (system support) an sich und einer Unterstützung der Funktionsträger (diffuse support).

„Spezifische Unterstützung bezieht sich auf die Bewertung der konkreten Amtsausübung der politischen Herrschaftsträger wie die Zufriedenheit mit den von ihnen erbrachten Leistungen und ist somit eine variable, kontextabhängige Größe, während diffuse Unterstützung eine generalisierte positive Einstellung zum demokratischen Ordnungsprinzip zum Ausdruck bringt, die als Legitimität und Vertrauen zu unverzichtbaren Merkmalen der politischen Kultur einer Demokratie zählen.“ (Plasser & Seeber, 2012, S. 271). Eine klassische Studie, die eine empirisch vergleichende Analyse charakteristischer Einstellungen der BürgerInnen zu zentralen Komponenten ihres politischen Systems untersucht, wurde von Gabriel Almond und Sidney Verba unternommen (Verba & Almond, 1963). Analysiert werden konkret pro-demokratische Einstellungen und Werteorientierungen in den post-totalitären beziehungsweise post-autoritären Gesellschaften nach dem zweiten Weltkrieg. Ziel von Almond und Verba war es, Aussagen über die Persistenz oder Wandelbarkeit autoritärer Überzeugungen zu ermöglichen.“ (Plasser & Seeber, 2012, S. 269). Dies sind Thematiken, die an Relevanz nichts verloren haben in einer Demokratie, die von sehr viel Wandel umgeben und beeinflusst ist.

Almond und Verba unterscheiden zwischen drei Typen: der Parochial culture, wo BürgerInnen kaum ein Bewusstsein über die Existenz einer zentralen Regierung haben. Subject Culture (Untertanenkultur), wofür das Deutschland der Nachkriegszeit ein Musterbeispiel war. Dies charakterisiert sich durch ein hohes Vertrauen in politische Autoritäten und überdurchschnittliche Zufriedenheit mit der Leistung der Regierenden mit nur schwach ausgeprägten partizipativen Orientierungen.

Participant Culture (Teilhabekultur) mit dem Beispiel der USA in den 1960er Jahren, welches sich durch eine hohe Zufriedenheit der Inputstrukturen und eine Bereitschaft

zur politischen Diskussion und Anteilnahme auszeichnet (Plasser & Seeber, 2012, S. 270).

2.4.7 Systemunterstützung und Stabilität einer Demokratie

Die Einstellung der BürgerInnen zur Demokratie beeinflusst nun die Stabilität demokratischer Gesellschaften.

Norris (Norris, 2011, S. 10) unterscheidet zwischen fünf Kategorien der politischen Systemunterstützung:

- The most general and fundamental feelings of citizens toward belonging to the national community, exemplified by feelings of national pride and identity. (Grad 1)
- Support for general regime principles, including approval of democratic and autocratic values. (Grad 2)
- Evaluation of the overall performance of the regime, exemplified by the satisfaction with the working of democracy. (Grad 3)
- Confidence in state institutions, notably governments, parliaments, the civil service, the courts and the security forces. (Grad 4)
- Trust in the elected and appointed officeholders, including politicians and leaders. (Grad 5)

In dieser Kategorisierung bezieht sich diese Forschung auf Grad 2, Grad 3 und Grad 4. Fritz Plasser und Gilg Seeber stellen in ihrer Studie „politische Kultur und Demokratiebewusstsein im internationalen Vergleich“ Analysen über verschiedene Länder über eine Zeitdimension an (Plasser & Seeber, 2017). Diese Daten stellen die in dieser Studie erhobenen Daten in einen historischen Bezug und lassen einen internationalen Vergleich zu. Die folgenden Daten beziehen sich auf die grundsätzliche Einstellung zur Demokratie, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und das Vertrauen in demokratische Institutionen. Dimensionen, die im Wesentlichen auch in den Befragungen in dieser Studie erhoben wurden.

Ad Kategorie 2)

Abbildung 3

Unterstützung von Demokratie 1999-2008 (Plasser & Seeber, 2017, S. 286)

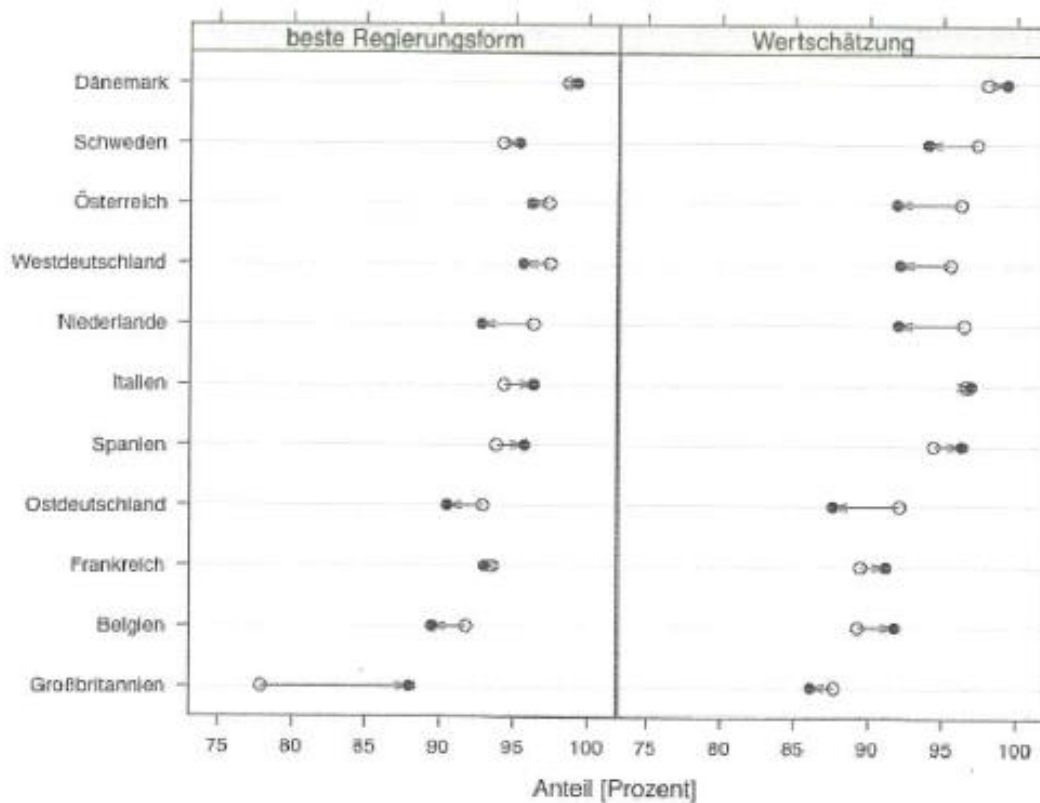


Abbildung 12.1 Generalisierbare Unterstützung der Demokratie 1999-2008

Quelle: EVS (1999-2008).

Frageversionen der beiden Indikatoren: Beste Regierungsform: „Having a democratic system“ (very good + fairly good) und Wertschätzung: „Democracy may have problems but it's better than any other form of government“ (agree strongly + agree).

Anmerkung: Angeführt sind die Prozentsätze für die angegebenen Merkmalsausprägungen für 1999 (symbolisiert durch Kreise) und 2008 (symbolisiert durch Punkte).

Ad Kategorie 3)

Tabelle 1

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 1995-2010. (In Anlehnung an Plasser & Seeber, 2017, S. 284f)

In Prozent	1995	2000	2005	2010
Dänemark	83	77	92	91
Luxemburg	76	79	82	90
Irland	70	79	71	56
Niederlande	69	77	71	72
Westdeutschland	68	64	58	72
Österreich	61	56	68	76
Spanien	55	76	67	58
Belgien	55	63	65	62
Großbritannien	48	69	61	58
Frankreich	48	64	52	51
Ostdeutschland	48	41	29	52
Portugal	42	50	41	40
Griechenland	41	52	53	49
Italien	20	36	43	44
Mittelwert	56,00	63,07	60,93	62,21

Anmerkung. Frageversion: „ON the whole are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (country)?“ Anteil der Antworten „sehr zufrieden bzw. eher zufrieden“.

Ad Kategorie 4)

Tabelle 2

Vertrauen in Institutionen 1990-2008. (In Anlehnung an Plasser & Seeber, 2017, S. 282)

In Prozent haben Vertrauen in	Rechtssystem			Parlament			Verwaltung			Polizei		
	1990	1999	2008	1990	1999	2008	1990	1999	2008	1990	1999	2008
Dänemark	80	78	87	42	49	70	51	55	67	89	91	91
Westdeutschland	65	64	60	51	35	38	39	40	39	70	76	76
Niederlande	63	49	56	54	55	49	46	37	42	73	64	69
Österreich	60	69	65	41	41	30	41	42	41	67	76	69
Frankreich	58	46	56	48	41	30	49	46	62	67	66	75
Schweden	56	61	69	47	51	60	44	49	50	74	76	74
Großbritannien	54	49	51	46	36	23	44	46	43	90	70	69
Spanien	45	42	42	43	46	49	37	41	44	58	55	68
Belgien	45	35	50	43	36	43	42	45	56	51	56	71
Ostdeutschland	41	50	61	41	40	33	18	36	36	40	65	65
Italien	32	32	36	32	34	35	27	33	37	67	67	77
Mittelwert	54,45	52,27	57,55	44,36	42,18	41,82	39,82	42,73	47,00	67,82	69,27	73,09

Anmerkung. Frageversion „Please look at this card and tell me, for each item listed, how much confidence you have in them, is it a great deal, quite a lot, not very much or none at all?“. Prozentanteil „a great deal“ bzw. „quite a lot“

Norris (Norris, 2011, S. 11) erkennt einen weltweiten Trend in der empirischen Forschung, der als critical citizen bezeichnet wird. Die Spannung besteht hier zwischen der Unterstützung der demokratischen Ideale, Werte und Prinzipien (die in empirischen Untersuchungen von demokratischen Systemen fast weltweit weitgehend unterstützt werden) und die steigende Skepsis gegenüber den Institutionen der Repräsentativen Demokratie, wie politische Parteien, Parlamente und Regierungen. Dies kann als kritische oder unzufriedene DemokratInnen bezeichnet werden (Norris, 2011, S. 12). Die zugrundeliegenden Daten finden sich in verschiedenen Studien, welche in weiten Teilen der Welt über Jahrzehnte durchgeführt wurden. Konkret im Eurobarometer und Meinungsumfragen der europäischen Union, European Value Survey, der

Shell Jugendstudie, dem European Social Survey, welche u.a. auch die Quellen des Messinstruments (des Fragebogens) der vorliegenden Studie sind.

Lange/Himmelmann beschäftigen sich im Zusammenhang mit der BürgerInnenrolle in einer Demokratie mit dem Begriff Demokratiebewusstsein (Lange & Himmelmann, 2007, S. 33). Dieser beinhaltet laut den Autoren:

- Die Wachheit der Wahrnehmung und die Aufmerksamkeit für Vorgänge in der Gesellschaft
- Die Entwicklung einer Vorstellung und die Ausbildung einer Wertschätzung für die normativen Inhalte von Demokratie
- Die Entwicklung einer Sensibilität für unterschiedliche Deutungen von politischen Positionen im Kräftespiel um Rechte und Ansprüche
- Die Bedeutung von Spielregeln und institutionellen Verfahrensweisen bei der Herstellung allgemeiner Verbindlichkeiten

2.4.8 BürgerInnenrolle in der Demokratie - Implikationen für ein handlungsorientiertes Konzept der politischen Bildung

Im Fokus der Anstrengungen politischer Bildung durch den Landtag steht der/die BürgerIn in der Demokratie. Die Ziele der politischen Bildung durch den NÖ Landtag beziehen sich auf Systemunterstützung und Demokratiebewusstsein (siehe dazu 4.2 Ziele). Dies sind auch Kategorien, die durch das Messinstrument erfragt werden. Die Bildung mündiger DemokratInnen und Entwicklung von Demokratiebewusstsein ist Kern der Arbeit der politischen Bildung durch den Landtag.

2.5 Das Konzept der IOA

Den Lernangeboten im Rahmen der politischen Bildung durch den NÖ Landtag liegt das Lernkonzept der Integrativen Outdoor Aktivitäten ® zugrunde. In diesem Kapitel wird dieses Konzept bezugnehmend auf diese konkreten Lernangebote der politischen Bildung dargestellt. Beim Konzept der IOA ® handelt es sich um einen Ansatz des handlungsorientierten Lernens. Ausgangspunkt ist dabei stets das Handeln von Personen und Gruppen vor dem Hintergrund bestimmter Rahmenbedingungen und Zielen (IOA®, 2018, S. 4).

Grundannahme ist, dass sich Menschen durch Handeln entwickeln. Daher sind der Kern dieses Konzepts verschiedene handlungsorientierte Maßnahmen und Methoden, die es den TeilnehmerInnen ermöglichen, ihr Tun unter vielfältigen Perspektiven zu gestalten und zu reflektieren. Dadurch sollen Chancen und Fallen dieser Entwicklung erkannt werden (IOA®, 2018, S. 5). Das dadurch neu Erlernte soll dann in neuen Situationen, wie in der Schule, Arbeit oder im alltäglichen Verhalten, angewendet werden können (Sicherung des Transfers). Lernen findet in diesem Ansatz auf körperlicher, psychischer (kognitiv und emotional) sowie auf sozialer Ebene statt. Teil des Konzepts ist eine verfremdete Lernumgebung, die als Erfahrungs- und Erlebensraum genutzt werden kann. In dem Konzept kommt daher der Natur (Outdoor) ein zentraler Stellenwert zu. Bei den Lernangeboten durch den NÖ Landtag passiert dies durch die Nutzung des Landtagssaals und anderen repräsentativen Räumlichkeiten (solange dies aufgrund der Lage der Corona-Pandemie möglich war). Anwendung findet der Ansatz in der Pädagogik, Sozialarbeit, Personalentwicklung, Team- und Organisationsentwicklung sowie der Psychotherapie. Die Wirkung der Integrativen Outdoor Konzepte wurde und wird umfassend wissenschaftlich begleitet (IOA©, 2018, S. 6).

Für diese Arbeit ist vor allem das pädagogische Anwendungsgebiet relevant. Handlungsorientiertes Lernen wird in der Pädagogik eingesetzt, um Erziehungs- und Bildungsziele zu erreichen. In diesem Zusammenhang beziehen sich diese Ziele z.B. auf die Reflexion von Werthaltungen, die Entwicklung von Identität, der Entwicklung sozialer Kompetenz oder Kompetenzen zur Bewältigung der Lebenswelt (IOA®, 2018, S. 6). Zentrale Bedeutung kommt bei dem Konzept der IOA® der Klärung der Rahmenbedingungen und Formulierung konkreter Zielsetzungen zu, die durch die Maßnahmen erreicht werden sollen. Dies jedoch immer prozessorientiert, d.h. in Abstimmung auf Person, Gruppe und situative Bedingungen.

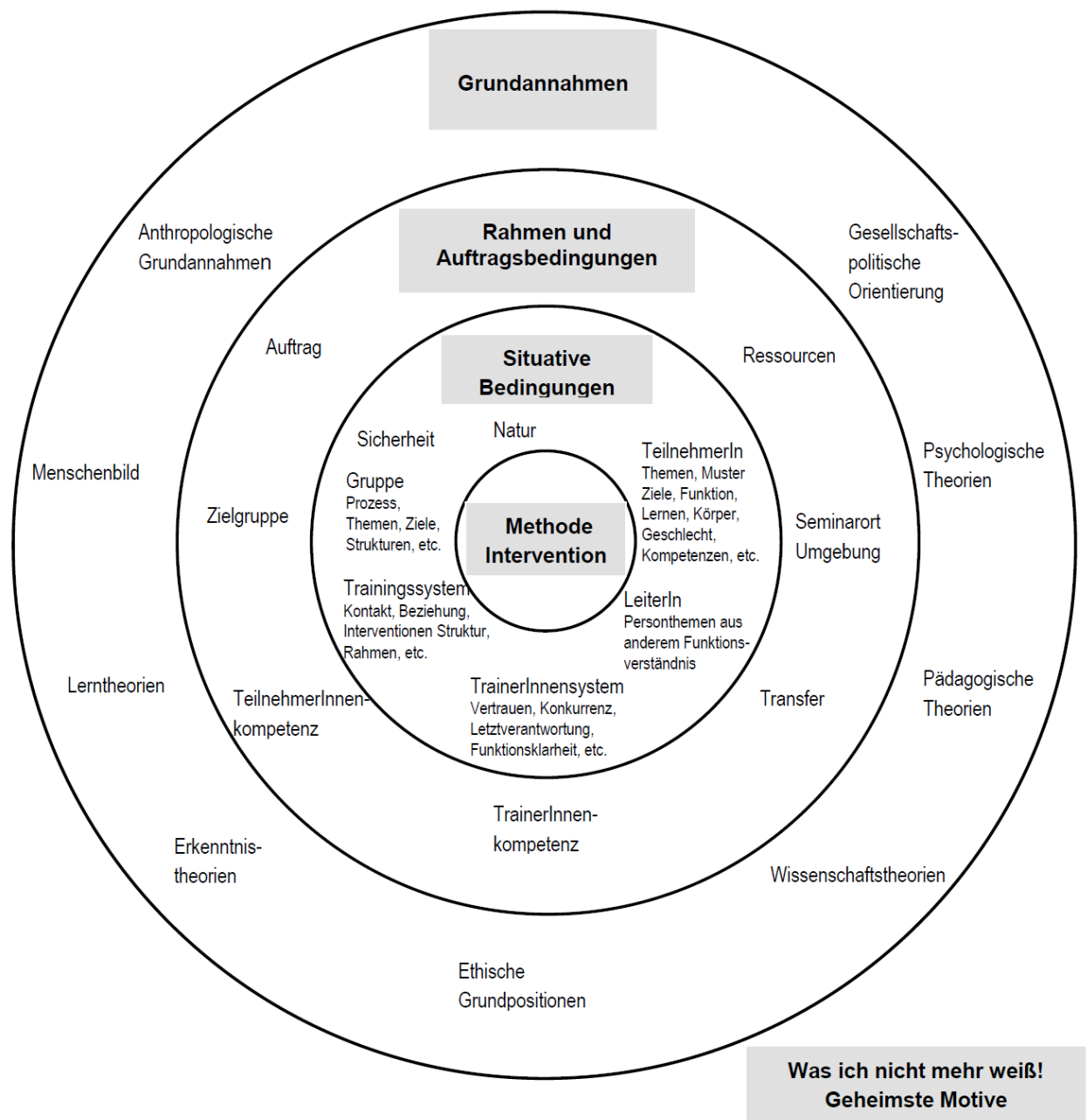
Integrativ bezieht sich im IOA Konzept auf folgende Bereiche: (IOA®, 2018, S. 5)

- Integration von In- und Outdoor Aktivitäten
- Integration von Körper, Emotion, Kognition und sozialer Bedingtheit
- Integration von vorausgehenden und nachfolgenden Bedingungen (Setting)
- Integration von Kompetenzen und abgegrenztem Funktionsverständnis

Die IOA arbeitet immer vor dem Hintergrund von theoretischen Grundannahmen und über verschiedene Ebenen bis zur konkreten Methode. Diese Ebenen sind im sogenannten Kreismodell dargestellt.

Abbildung 4

Das Kreismodell der Integrativen Outdoor Aktivitäten ® (IOA®, 2018, S. 7)



Nun können die Theorien und Annahmen dieser Arbeit mit diesem Kreismodell in Beziehung gesetzt werden. Konkrete Anknüpfungspunkte zwischen dem Kreismodell und der politischen Bildung durch den NÖ Landtag ergeben sich auf allen Ebenen. Im Folgenden sollen beispielhaft einige Punkte aufgegriffen werden.

2.5.1 Ebene 1: Grundannahmen

Verschiedene Modelle von Demokratie unterliegen immer unterschiedlichen Menschenbildern (z.B. Elitedemokratie – partizipative Demokratie), verschiedenen ethischen Grunddispositionen und verschiedenen gesellschaftspolitischen Orientierungen. Die oben dargestellten Ansätze der politischen Bildung gründen ebenfalls auf verschiedenen pädagogischen und psychologischen Theorien. Sich dieser Grundannahmen bewusst zu werden und zu reflektieren ist Teil der Planung und Durchführung der Lernangebote.

2.5.2 Ebene 2: Rahmen und Auftragsbedingungen

Die Rahmen- und Auftragsbedingungen werden v.a. im Folgenden unter Punkt 4 praktische Umsetzung geklärt. Dabei handelt es sich um den institutionellen Auftragsrahmen durch verschiedene Institutionen des Landes NÖ. Die Zielgruppe sind Personen, die in Niederösterreich eine Berufsschule besuchen. Vorrangig jene im zweiten Lehrjahr. Eine Einschätzung der TeilnehmerInnenkompetenzen ergibt sich durch die Erfahrung der TrainerInnen durch die oftmalige Wiederholung der Workshops sowie dem Eindruck der TrainerInnen während der Durchführung.

Abhaltungsorte sind prinzipiell die repräsentativen Räumlichkeiten des Niederösterreichischen Landtags (Covid bedingt jedoch auch Online und in den Schulen). Die zur Verfügung stehenden Ressourcen werden im Rahmen von Förderverträgen für das Projekt geklärt.

2.5.3 Ebene 3: Situative Bedingungen

Die situativen Bedingungen sind zum Zeitpunkt der Studie von der Corona-Pandemie bestimmt. Diese drückt sich durch Ortswechsel, Änderung in Gruppengrößen und Sicherheitsvorkehrungen aus. Ein weiterer relevanter Einflussfaktor sind die TeilnehmerInnen. BerufsschülerInnen sind sehr heterogen. Dies betrifft Geschlecht,

Vorbildung, Herkunft, Sprache, Interessen, etc. Dies betrifft auch den Faktor Gruppe, dessen Prozesse, Themen und Strukturen sehr unterschiedlich sein können. Die laufende Anpassung an diese Bedingungen ist Teil der Arbeit nach dem IOA®Konzept.

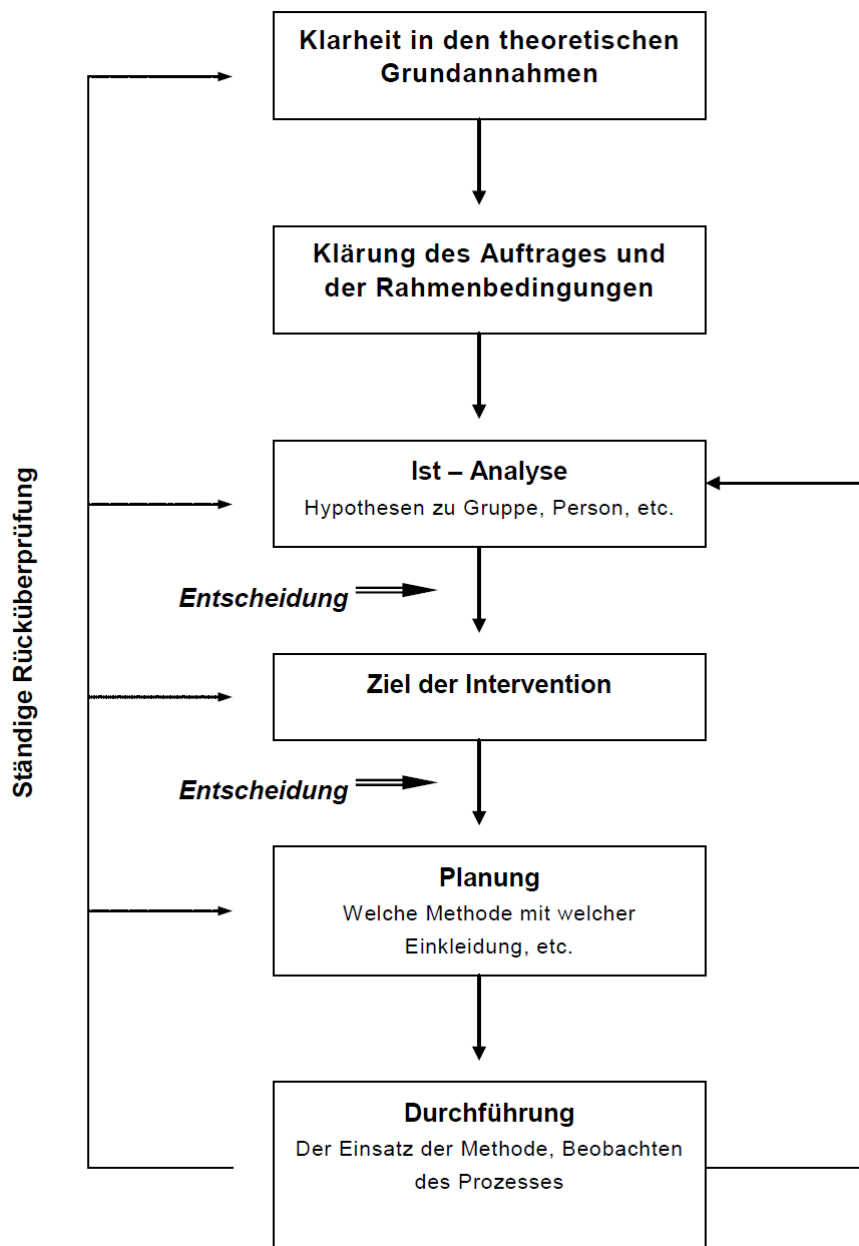
2.5.4 Ebene 4: Methoden, Intervention

Konkrete Methoden und Interventionen werden im folgenden Kapitel 4.3 ausgewählte Methoden, beschrieben. Dabei wird auf das IOA® Konzept Bezug genommen. Die in den Workshops angewandten Methoden sind handlungsorientiert und jeweils einer der Phasen Aufmerksamkeitsrichtung, Intervention und Reflexion zuzuordnen. Jedem Workshop und jeder Methode geht in der Planung die Frage voran, welche Ziele damit verfolgt werden sollen. Die Ziele des Projekts Berufsschullandtag sind im Kapitel 4.2 Ziele formuliert, wobei jeder Methode spezifische Ziele zugrunde liegen (nachzulesen im Methodenkapitel 4.3). Zur Anwendung kommen beispielsweise Aufstellungen, analoge Methoden (z.B. malen), Planspiele oder Assoziationsaufgaben.

Zusätzlich zu dem Kreismodell basiert das Konzept der IOA® auf einem Prozessmodell, welches den zeitlichen Ablauf von Lernangeboten beschreibt.

Abbildung 5

Das Prozessmodell der Integrativen Outdoor Aktivitäten ® (IOA®, 2018, S. 9)



In Verbindung mit dem Projekt der politischen Bildung im Landtag bedeutet dies folgendes (IOA®, 2018, S. 10):

Klarheit über die theoretischen Grundannahmen: Die subjektiven Theorien der TrainerInnen beeinflussen alle weiteren Schritte von der Auftragsgestaltung bis zur Intervention. Daher ist es für eine qualitativ hochwertige Arbeit notwendig, die zugrundeliegenden Theorien ständig zu hinterfragen, mit aktuellen Theorien zu

konfrontieren und weiterzuentwickeln. Dies gilt für alle Teile der dargestellten Theorie: Demokratie, politische Bildung, Lerntheorien etc.

Klärung des Auftrags und Rahmenbedingungen: dies durch Kommunikation mit den Beteiligten wie dem NÖ Landtag als Auftraggeber, BerufsschuldirektorInnen, beteiligte LehrerInnen und den SchülerInnen selbst. Dabei sind unterschiedliche Erwartungen, Wünsche und Ziele zu klären und im strukturellen Rahmen zu vereinbaren.

IST-Analyse: dabei sollen Hypothesen über unterschiedliche Systemebenen und relevante Umfelder entwickelt werden. Die Grundlage bilden dabei Beobachtungen der TrainerInnen. Die IST-Analyse betrifft nun zwei Ebenen: die des aktuell stattfindenden Workshops und die IST-Analyse des Projekts an sich, d.h. die Analyse mehrerer Workshops.

Entscheidung: Dabei soll entschieden werden, welcher Hypothese nachgegangen wird. Diese Entscheidung orientiert sich an Auftrag und Zielen.

Planung: Die konkrete Planung bezieht sich nun auf Methodenauswahl bzw. die Vor- und Nachbearbeitung der Methoden. Dies findet z.T. situativ vor Ort statt, meist jedoch bei der Planung der Lernangebote im Vorfeld.

Durchführung: Bei der Durchführung besteht die Aufgabe der TrainerInnen im Intervenieren und Beobachten.

3 Praktische Umsetzung

3.1 Das Projekt „Berufsschullandtag“ des Niederösterreichischen Landtags

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um Konzepte, die der Autor als Mitbegründer des Projekts in Formen von Konzepten ausgearbeitet hat.

Das Projekt Berufsschullandtag wurde im Jahr 2019 ins Leben gerufen. Kern des Projekts ist es, den Landtagssaal als Herz der niederösterreichischen Demokratie zu öffnen und für Zwecke der politischen Bildung bereitzustellen. Daraufhin wurden Konzepte und Ziele für die praktische Umsetzung der Lernangebote erarbeitet. Die ersten Lernangebote wurden dann in Form des Projekts „Kinderlandtag“ erstellt, bei welchem 4. Volksschulklassen Workshops im NÖ Landtag durchführen. Dabei kamen ca. 5000 Kinder pro Jahr (2018, 2019) in den Landtagssaal und absolvierten Workshops in unterschiedlicher Intensität. Der NÖ Berufsschullandtag entstand als Folge- und Ergänzungsinitiative zum Projekt „Kinderlandtag“.

Bereits im ersten Projektjahr 2019 wurde dieses Angebot von über 4500 Schülerinnen und Schülern von allen niederösterreichischen Landesberufsschulen genutzt.

3.2 Ziele

Grundgedanke ist, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern gelernt und gelebt werden muss. Jede Demokratie braucht mündige BürgerInnen, die sich mit demokratischen Werten identifizieren sowie für die Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Der Landtag NÖ soll einen Beitrag zur Bildung mündiger DemokratInnen leisten. Die Bereitstellung des Landtagssaals für Kinder und Jugendliche ist dabei ein wesentlicher Schritt.

Die konkreten Ziele der Lernangebote für BerufsschülerInnen sind:

- Einen niederschweligen Zugang zur Institution Landtag schaffen.
 - Die TeilnehmerInnen nehmen den Landtag als sinnvolle und wichtige Institution in unserer Demokratie wahr.
 - Die TeilnehmerInnen finden Spaß an der politischen Diskussion.

- Die TeilnehmerInnen verbinden ein positives Erlebnis mit dem NÖ Landtag.
- Demokratiebewusstsein stärken
 - Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich mit den normativen Grundwerten unserer Demokratie.
 - Die TeilnehmerInnen nehmen die Demokratie als Gesellschaftsform positiv wahr.

3.3 Rahmen und Auftrag des NÖ Berufsschullandtags

Institutionell ist das Projekt eine Zusammenarbeit zwischen Landtagspräsidium Niederösterreich, Landtagsdirektion Niederösterreich und der Bildungsdirektion für Niederösterreich. Rahmenziele, Kontrakt, Räumlichkeiten und Umfang des Auftrags werden mit der Landtagsdirektion und dem Landtagspräsidium erstellt. Die Initiative ist überparteilich und wird von allen Fraktionen im Landtag mitgetragen. Die Berufsschulen melden ihre Klassen selbst für den Berufsschullandtag an. Es finden laufend (2-3 mal jährlich) Treffen mit VertreterInnen aller Berufsschulen statt, bei welchem Feedback eingeholt wird und ein inhaltlicher Austausch stattfindet.

Die Konzeptarbeit der konkreten Workshops sowie deren Durchführung wird von zwei dafür angestellten Trainern durchgeführt. Durch die Einschränkungen im Rahmen der Pandemie im Jahr 2020/2021 wurden Programme auch Online sowie an den Schulen selbst abgehalten. Die Zielsetzungen blieben hierbei gleich. Der Zeitrahmen, die Methoden und Schwerpunktsetzungen variierten jedoch.

3.4 Ausgewählte Methoden

Im Folgenden werden Methoden, die bei den Workshops angewandt werden, und deren Ziele dargestellt. Welche Methoden in welcher Intensität zur Anwendung kommen hängt von Zeitrahmen, Gruppe und Art des Workshops ab. Dargestellt werden auch methodenspezifische Zielsetzungen, die gemäß dem Konzept der Integrativen Outdoor Aktivitäten zur Anwendung kommen.

3.4.1 Methode Aufstellungen

Die Jugendlichen positionieren sich je nach Antwort zu bestimmten Impulsfragen in einer der vier Ecken des Raums. Die Fragen beziehen sich einerseits auf persönliche Vorlieben und andererseits auf Werte und Wünsche. Dadurch sollen diese verschiedenen Meinungen, Vorlieben und Wertigkeiten sichtbar gemacht werden und ein Austausch darüber stattfinden. Beispiele für solche Fragen sind:

Was ist deine Lieblingsjahreszeit?

Frühling, Sommer, Herbst oder Winter

Diskutiert wird: warum diese Vorliebe. Was macht diese Jahreszeit besonders.

Sichtbar wird: verschiedene Menschen, verschiedene Vorlieben.

Was würdest du wählen?

Mehr Gehalt, mehr Urlaub, weniger Arbeitsstunden oder gratis Mittagessen.

Diskutiert wird: warum diese Auswahl? Würdest du nun am Verhandlungstisch sitzen und deine Meinung/Interessen vertreten, welche Zahl würdest du nennen?

Sichtbar wird: verschiedene Interessenslagen. Aushandlungsprozesse sind notwendig, um konkrete Einigungen zu treffen. Vielfältige Interessen in einer Gesellschaft.

Mir ist wichtig...

- ...,dass ich wählen darf.
- ...,dass ich nicht einfach so verhaftet werden darf.
- ...,dass ich meine Meinung äußern darf.
- ...,dass ich eine Ausbildung machen darf.

Diskutiert wird: Warum diese Auswahl? Was ist dir an dieser Aussage wichtig?

Sichtbar wird: verschiedene Werte, Rechte und Grundsätze können eine Gesellschaft leiten. Was ist mir davon wichtig?

3.4.1.1 Zielsetzung der Methode:

Die Aufgabe soll körperlich aktivieren, in dem man sich im Landtagsaal/Klassenraum bewegt und den Fokus auf das Thema lenken: verschiedene Menschen – verschiedene Vorlieben, Meinungen und Interessen.

3.4.2 Methode Speedball

Die Schülerinnen und Schüler sitzen im Kreis und haben die Aufgabe, einen Ball durch die Runde zu geben. Der Ball muss geworfen werden und darf nicht den jeweils direkten Nachbarn gegeben werden.

Die SchülerInnen diskutieren zuvor, wie sie diese Aufgabe erfolgreich durchführen können bzw. in einem zweiten Versuch wie schnell sie dies durchführen können.

3.4.2.1 Zielsetzung der Methode

Körperliche und geistige Aktivierung, Konzentrationsrichtung. Passung zwischen Trainerteam und den SchülerInnen.

Sichtbar werden soll die Vielfalt an Meinungen und Lösungsansätzen in einer Gruppe bezüglich der Durchführung einer simplen Aufgabe sowie die verschiedenen Einschätzungen und Meinungen, in welcher Zeit dies geschehen kann. Die Methode dient als Hinleitung zum Thema verschiedene Meinungen in einer Demokratie.

3.4.2.2 Gedankenstrom und Wortwolke: Demokratie (Möller, 2019, S. 49ff)

Die Schülerinnen und Schüler haben 2 Minuten Zeit, alle Wörter die ihnen zum Schlagwort Demokratie einfallen, aufzuschreiben. Die SchülerInnen schreiben für sich und der Stift soll dabei nicht abgesetzt werden.

Nach Ablauf der Zeit markieren die SchülerInnen drei Wörter, die ihnen am relevantesten erscheinen, und tragen diese anschließend mit ihrem Smartphone in ein Wordcloud-Tool ein (Mentimeter). Dabei werden dann die eingetragenen Wörter dargestellt. Je öfter die Worte gefallen sind desto größer erscheinen sie auf der Leinwand.

Abbildung 6

Beispiel eines Ergebnisses der Methode Gedankenstrom und Wordcloud



Danach werden die Begriffe mit den SchülerInnen diskutiert und reflektiert, um die verschiedenen Bilder und Vorstellungen sichtbar zu machen.

3.4.2.3 Zielsetzung der Methode

Die eigenen Vorstellungen sollen schriftlich reflektiert werden und mit den Vorstellungen anderer in Bezug gesetzt werden. Dies soll ein breites Demokratieverständnis fördern.

Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich mit Grundwerten unserer Demokratie und stärken dadurch das Demokratiebewusstsein.

Die TeilnehmerInnen nehmen die Demokratie als Gesellschaftsform positiv wahr.

3.4.3 Methode Demokratieschiffe

Die SchülerInnen zeichnen in Gruppen von 3-5 Personen Demokratieschiffe.

Das Szenario ist eine Welt, in der es kein Land mehr gibt und Gesellschaften auf Schiffen leben. Nun ist es die Aufgabe ein Demokratieschiff zu zeichnen und zu skizzieren, wie das Zusammenleben auf den Schiffen organisiert wird. Die Wordcloud mit den

Demokratiebegriffen dient dabei als Hilfestellung für Begriffe, die auf dem Schiff symbolisiert werden können. Nachdem das Grundgerüst gezeichnet ist, folgen Impulsfragen, deren Antwort auf den Schiffen dargestellt werden soll: z.B. wie wird entschieden wohin das Schiff fährt? Gibt es Religionen auf dem Schiff? Wie wird mit Personen umgegangen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können? Die Schiffe werden im Anschluss vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Dabei wird immer wieder diskutiert, ob Symbole, Entscheidungsfindungen und Vorgehensweisen auf dem Schiff von den SchülerInnen als demokratisch erachtet werden oder nicht.

3.4.3.1 Methodenspezifische Ziele

Die eigenen Vorstellungen zu Demokratie bildlich darstellen und mit der Vorstellung anderer in Beziehung setzen.

Die eigenen Vorstellungen im Rahmen von konkreten Problemen umsetzen bzw. anhand konkreter gesellschaftlicher Problemstellungen anwenden.

Die normativen Inhalte von Demokratie reflektieren und dadurch das Demokratiebewusstsein stärken.

Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich mit Grundwerten unserer Demokratie und stärken dadurch das Demokratiebewusstsein.

Die TeilnehmerInnen nehmen die Demokratie als Gesellschaftsform positiv wahr.

3.4.3.2 Methode Gesetzgebung

Die SchülerInnen werden Gruppen zugeteilt. Diese Gruppen symbolisieren verschiedene Parteien bzw. Interessensgruppen. Die Gruppen machen Vorschläge für Gesetzesthemen, die ihnen persönlich als interessant erscheinen. (Beispiele: Erhöhung der Löhne, Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn, Legalisierung von Cannabis). Die Vorschläge der verschiedenen Gruppen werden gesammelt und es folgt eine erste Entscheidungsfindung, welcher der Gesetzesvorschläge weiter behandelt werden soll. Danach macht sich jede Gruppe zu dem gewählten Gesetzesthema Gedanken. Jede Gruppe soll eine Entscheidung treffen, ob sie vorhaben dem Vorschlag zuzustimmen oder nicht. Die Entscheidung soll begründet werden, d.h. es sollen Argumente gefunden werden, die ihre Meinung unterstreichen.

Impulsfragen sollen bei der Meinungsbildung eine Hilfestellung sein: Was bedeutet eine Entscheidung dafür/dagegen für verschiedene Interessensgruppen, Interessen und Aspekte eines Themas.

Darauf folgt eine Podiumsdiskussion. Dabei vertreten GruppensprecherInnen die Meinung der Gruppe nach außen. Im Anschluss haben alle SchülerInnen die Möglichkeit, ans Podium zu gehen und Argumente zu bringen. Nach der Podiumsdiskussion folgt eine Abstimmung zum Gesetzesthema.

Danach folgt eine Reflexion:

Wie wurde der Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozess von den Jugendlichen wahrgenommen und bewertet (auf kognitiver und emotionaler Ebene)?

Bei der Reflexion soll ein Ebenenwechsel vom Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozess einer Gruppe hin zu diesen Prozessen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stattfinden. Dies stellt auch einen Bezug zu Parlamenten/zum Landtag her – zu Institutionen, deren Sinn es ist diese Entscheidungsfindung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu ermöglichen.

3.4.3.3 Methodenspezifische Ziele

- Einen niederschweligen Zugang zur Institution Landtag schaffen
- Die TeilnehmerInnen nehmen den Landtag als sinnvolle und wichtige Institution in unserer Demokratie wahr
- Die TeilnehmerInnen finden Spaß an der politischen Diskussion
- Die TeilnehmerInnen verbinden ein positives Erlebnis mit dem NÖ Landtag

3.4.3.4 Im Rahmen der Forschung angewandte Methoden

Die Lernangebote, die im Rahmen dieser Forschungsarbeit untersucht wurden, haben ausschließlich an den Schulen direkt stattgefunden. Die Methode Gesetzgebung wurde dabei nicht angewandt. Dies ist der Coronakrise geschuldet, durch welche im Zeitraum der Befragungen keine Veranstaltungen im Landtagssaal stattfinden durften. Zielsetzung wäre es gewesen, auch bei den Veranstaltungen im Landtagssaal Befragungen durchzuführen, was nicht möglich war. Alle anderen beschriebenen Methoden wurden bei den untersuchten Workshops angewandt.

3.4.4 Qualitätssicherung und Evaluierung

Die Lernangebote im NÖ Landtag verstehen sich als prozesshaft. Daher sind kritisches Hinterfragen und eine laufende Reflexion essenziell. Ein regelmäßiger Austausch mit LehrerInnen und den Schulleitungen soll bei der Adaptierung des Berufsschullandtags helfen. Die Evaluierung erfolgt des Weiteren durch schriftliches Feedback aller TeilnehmerInnen. Der Ablauf und die Methoden des Berufsschullandtags werden demnach laufend evaluiert und adaptiert.

In einer Publikation der Landtagsdirektion NÖ (NÖ Landtag, 2020, S. 62f) wurden die Daten von den Feedbackbögen veröffentlicht. (Diese wurden zwar nicht nach wissenschaftlichen Standards erhoben und ausgewertet, bieten aber ein Bild der Zustimmungsraten unter den TeilnehmerInnen). Die Daten stammen aus 3557 schriftlich ausgefüllten Feedbackbögen. Ausgewertet wurden 6 Fragen auf einer 4-stufigen Skala (trifft sehr zu, trifft zu, trifft wenig zu, trifft nicht zu). Bei der Auswertung wurden „positive Bewertungen der Fragen“ (trifft sehr zu, trifft zu) in % ausgedrückt.

Abbildung 7

Ergebnisübersicht Feedbackbögen. Anteil in % der Beantwortung mit „trifft sehr zu“ und „trifft zu“

Der Berufsschullandtag war verständlich aufbereitet.	98,21%
Durch den Berufsschullandtag ist für mich verständlicher geworden, was im NÖ Landtag geschieht.	95,19%
Durch den Berufsschullandtag wurde mir ein besseres Verständnis von "Politik" vermittelt.	86,19%
Durch den Berufsschullandtag wurde nähergebracht, wie unserer Demokratie funktioniert.	89,95%
Der Berufsschullandtag war kurzweilig und spannend gestaltet.	89,54%
Der Berufsschullandtag sollte auch für andere Schüler veranstaltet werden.	94,14%

Ein kurzer qualitativer Teil des Feedback-Bogens (das Feld Kommentare) zeichnet darüber hinaus ein eindeutiges Bild der Zustimmung durch die TeilnehmerInnen.

4 Empirischer Teil

4.1 Kommentierte Forschungsfrage

Hat eine handlungsorientierte Kurzintervention im Rahmen des NÖ Berufsschullandtags Einfluss auf die Einstellung von Lehrlingen zur Demokratie und das Vertrauen in demokratische Institutionen?

Wie verhält sich die Einstellung von Lehrlingen zur Demokratie und deren Vertrauen in demokratischen Institutionen zum Zeitpunkt T1?

Trifft das Projekt Berufsschullandtag auf Zustimmung unter den TeilnehmerInnen?

Die Forschungsfrage bezieht sich also auf die Dimension der BürgerInnen in der Demokratie, in diesem Fall konkret von Lehrlingen, die an Workshops teilnehmen und deren subjektive Einstellungsmuster. Analysiert werden soll, ob sich anhand von quantitativen Fragebögen messbare Veränderungen vor und nach den handlungsorientierten Workshops ergeben.

Ebenfalls von Interesse ist, wie sich die Einstellung der Zielgruppe gegenüber Demokratie, deren derzeitiger Ausgestaltung und das Institutionsvertrauen generell, das heißt im Vergleich zu ähnlichen Studien unabhängig von Veränderungen, verhalten. Dies ermöglicht Erkenntnisse über das Zielpublikum und somit potenzielle Veränderungsstrategien und Schwerpunktsetzungen bei zukünftigen Interventionen.

Darüber hinaus soll gemessen werden, ob die Workshops auf die Zustimmung der TeilnehmerInnen treffen. Das heißt konkret, ob sie diese auch anderen SchülerInnen empfehlen würden.

Dies unabhängig ihrer Einstellungsmuster und potenziellen Vorher-Nachher Veränderungen. Dies soll ebenfalls Erkenntnisse darüber bringen, ob solche Angebote in Zukunft ausgeweitet bzw. umgestaltet werden sollen.

4.2 Hypothesen

1. Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung hinsichtlich der grundsätzlichen Einstellung zur Demokratie.

2. Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung hinsichtlich autoritärer Tendenzen.

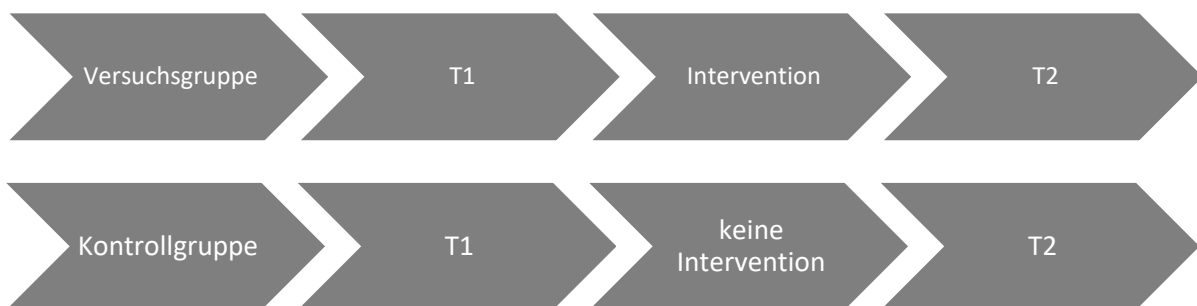
3. Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung hinsichtlich dem Institutionsvertrauen.
4. Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen positiven Einfluss auf das Vertrauen in demokratische Institutionen.
5. Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen positiven Einfluss auf die Einstellung gegenüber der Demokratie.
6. Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen negativen Einfluss auf autoritäre Tendenzen und Demokratieskepsis.
7. Der Berufsschullandtag trifft auf hohe Akzeptanz unter den TeilnehmerInnen.

4.3 Design

Beim Design ist zu unterscheiden zwischen geplantem Design und tatsächlich durchgeführten Erhebungen, welche trotz der Corona-Pandemie stattfinden konnten. Da es den Schulen aufgrund der Pandemie nicht möglich war, in den Landtagssaal zu kommen, fanden die Erhebungen ausschließlich im Rahmen von Workshops an Schulen statt. Dadurch wurden bei der Durchführung der Workshops inhaltlich andere Schwerpunkte gesetzt.

Zusätzlich wurden Befragungen an den Schulen durch die coronabedingten Maßnahmen erschwert, indem schulfremde Personen auch in den Phasen, wo Workshops stattfinden konnten, nur bedingt Zutritt zu den Schulen hatten. Des Weiteren hatten insgesamt weniger Veranstaltungen stattgefunden mit jeweils verkleinerten TeilnehmerInnenzahlen. Somit mussten Anpassungen vorgenommen werden, was Messzeitpunkte, Sample und untersuchte Methoden betrifft. Gemessen wurden kurzfristige Effekte. Das heißt, die Erfassung der Daten erfolgte unmittelbar vor den Workshops und unmittelbar danach. Mittelfristige Effekte (d.h. ein dritter Messzeitpunkt) konnten wegen organisatorischer Komplikationen rund um die Covid Problematik nicht gemessen werden. Den Kontrollgruppen wurden der gleiche Fragebogen, ohne Intervention, in ähnlichen Zeitabständen zweimal vorgelegt.

*Abbildung 8
Design der Erhebung*



T1 → unmittelbar vor dem Workshop

T2 → unmittelbar nach dem Workshop (ca. vier Stunden nach T1)

Versuchsgruppe → BerufsschülerInnen, die an einem Workshop teilgenommen haben.

Kontrollgruppe → BerufsschülerInnen, die an keinem Workshop teilgenommen haben.

Um Befragungen an Schulen durchführen zu dürfen, bedarf es der Genehmigung der Bildungsdirektion, welche erteilt wurde.

Die Teilnehmenden der Studie mussten sich anhand einer TeilnehmerInneninformation und Einverständniserklärung zur Teilnahme an der Studie bereit erklären. Der Versuchsgruppe und Kontrollgruppe wurde diese vor dem Testzeitpunkt 1 in Papierform vorgelegt und mittels Unterschrift bestätigt.

4.4 Sample (Stichprobe)

Bei den Probanden handelt es sich um TeilnehmerInnen von Workshops, die an drei- bis vierstündigen Programmen direkt an der Schule teilgenommen haben. Die TeilnehmerInnen sind SchülerInnen der zweiten Lehrgänge an der Landesberufsschule Geras, der Landesberufsschule Langenlois, der Landesberufsschule Waldegg und der Landesberufsschule Amstetten.

Insgesamt haben 114 SchülerInnen an diesen Workshops teilgenommen. Nach Sortierung und Bereinigung der Daten ergaben sich 73 brauchbare Datensätze (d.H. Messzeitpunkt 1 und Messzeitpunkt 2 vorhanden und zuordenbar).

Die Daten der Kontrollgruppe stammen vom 26.2.2021 und vom 1.3.2021 und wurden in zwei Klassen der Landesberufsschule St. Pölten erhoben. Der Datensatz besteht aus 25 Personen, wobei 5 Datensätze nicht zuordenbar oder unvollständig sind und daher aussortiert wurden.

Tabelle 3
Sample und Daten der Befragungen

Datum	Schule	Anzahl	Gruppe
8.10.2020 Vormittag	LBS Geras	23	Versuchsgruppe
8.10.2020 Nachmittag	LBS Geras	18	Versuchsgruppe
16.10.2020	LBS Langenlois	15	Versuchsgruppe
27.10.2020 Vormittag	LBS Waldegg	16	Versuchsgruppe
27.10.2020 Nachmittag	LBS Waldegg	18	Versuchsgruppe
28.10.2020	LBS Waldegg	24	Versuchsgruppe
Summe VG		114	
26.2. 2021	LBS St. Pölten	7	Kontrollgruppe
1.3.2021	LBS St. Pölten	18	Kontrollgruppe
Summe KG		25	

Tabelle 4
Verteilung des Samples nach Geschlecht

Geschlecht	Weiblich	Männlich	Divers	k.A.
	<i>n (%)</i>	<i>n (%)</i>	<i>n (%)</i>	<i>n (%)</i>
VG	25 (33.8)	31 (41.9)	1 (1.4)	16(21.6)
KG	3 (13.0)	14 (60.9)	0	3 (13.0)
GB _i	1118 (51.1)	1070 (48.9)	--	--

VG-Versuchsgruppe, KG-Kontrollgruppe, GB-Gesamtbevölkerung

Als Grundgesamtheit gelten hierbei alle BerufsschülerInnen, die an den Angeboten der politischen Bildung für Jugendliche durch den Landtag teilnahmen. Dies sind laut den Aufzeichnungen des Landtags (NÖ Landtag, 2020, S. 58) an die 4000 Personen im ersten Projektjahr. (Es liegen aus dem ersten Projektjahr von 3557 SchülerInnen schriftliche Feedbackbögen vor).

Zusätzlich zu den eigens erhobenen Daten wird für diese Studie ein Datensatz vom SORA Institut verwendet. SORA erhebt jährlich den sogenannten Demokratiemonitor. Dieser besteht im Jahr 2020 aus 2188 Datensätzen, welche das SORA Institut für Zwecke dieser Studie zur Verfügung gestellt hat. Dieser dient der Beantwortung von Hypothesen, bei welchen die Zielgruppe mit der österreichischen Gesamtbevölkerung (ab 16 Jahren) verglichen werden soll.

4.5 Methode und Erhebung

Es wurden quantitative Fragebögen angewandt. Diese wurden von den Probanden, angeleitet durch einen der Trainer, ausgefüllt. Die Fragebögen wurden mit der Applikation Soscisurvey erstellt. Die SchülerInnen erhielten den Befragungslink und füllten diesen dann auf ihren Smartphones aus.

4.6 Erhebungsinstrument

Die Studie greift auf einen quantitativen Fragebogen zurück, der vom Autor selbst erstellt wurde. Die Items stammen dabei aus unterschiedlichen Quellen und sind etablierte Items, die von verschiedenen österreichweit und weltweiten Studien im Rahmen

von Meinungsforschung genutzt werden. Dazu zählt der Eurobarometer der Europäischen Kommission, der SORA Demokratiemonitor und dem European Value Survey.

Tabelle 5
Fragebogen Messzeitpunkt 2

Geschlecht	
	Geschlecht
	weiblich
	männlich
	divers
Kennung	
	Wie lautet der letzte Buchstabe deines Geburtsmonats?
	Zweiter Buchstabe des Vornamens der Mutter
	Die ersten beiden Buchstaben des Geburtsorts
Grundeinstellung	
	Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zu?
	1=stimme gar nicht zu, 2=stimme wenig zu, 3=stimme ziemlich zu, 4=stimme sehr zu, -9=nicht beantwortet
	Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag
	An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss
	Demokratien sind nicht gut, um die Ordnung aufrechtzuerhalten
Institutionsvertrauen	
	Bitte gib im Folgenden an wie sehr du den folgenden Institutionen vertraust.
	1=sehr, 2=ziemlich, 3=wenig, 4=gar nicht, -9=nicht beantwortet
	...den politischen Parteien
	...dem österreichischen Rechtssystem
	...dem niederösterreichischen Landtag
	...dem Parlament
	...dem Bundespräsidenten
Derzeitige Ausgestaltung von Demokratie	
	Was meinst du:
	1=sehr stabil, 2=eher stabil, 3=eher labil, 4=sehr labil, -9=nicht beantwortet
	Ist die Demokratie in Österreich stabil (stark verankert)?
Lebendigkeit	
	Was meinst du:
	1=tot, 2=eher tot, 3=eher lebendig, 4=sehr lebendig, -9=nicht beantwortet
	Ist die Demokratie in Österreich lebendig oder tot?
Beteiligung	
	Hast du vor, an den nächsten politischen Wahlen teilzunehmen?

1=nicht wahlberechtigt, 2=nein, 3=vielleicht, 4=wahrscheinlich, 5=ja, -
9=nicht beantwortet

Zustimmung

Ich würde den Berufsschullandtag auch anderen Schülerinnen und Schülern empfehlen

1=stimme gar nicht zu, 2=stimme wenig zu, 3=stimme ziemlich zu,
4=stimme sehr zu, -9=nicht beantwortet

Die Ebenen, auf die sich der Fragebogen bezieht, sind folgende:

- Demokratische Grundeinstellung, inklusive der Zustimmung zu demokratischen (bzw. autokratischen) Werten (Norris, 2011, S. 10). Bei Himmelmanns Demokratiebewusstsein (2007: 33) einzuordnen unter der Wachheit der Wahrnehmung und die Aufmerksamkeit für Vorgänge in der Gesellschaft bzw. der Entwicklung einer Vorstellung und die Ausbildung einer Wertschätzung für die normativen Inhalte von Demokratie.
- Die Bewertung der derzeitigen Ausgestaltung von Demokratie. Bei Norris (Norris, 2011, S. 10) unter Regime Performance.
- Das Vertrauen in demokratische Institutionen. Laut Norris (Norris, 2011, S. 10) die Ebene 4 der Systemunterstützung. Bei Himmelmanns Demokratiebewusstsein die Bedeutung von Spielregeln und institutionellen Verfahrensweisen bei der Herstellung allgemeiner Verbindlichkeiten.

Darüber hinaus ist es ein erklärtes Ziel des Berufsschullandtags, junge Menschen dazu zu bewegen, an politischen Wahlen teilzunehmen. Diese Absicht wird mit dem Item „Beteiligung“ abgefragt.

Über die Zustimmung der TeilnehmerInnen zum Projekt gibt es schon eine ausreichende Datenlage (NÖ Landtag, 2020, S. 62f). Zusätzlich wird die Zustimmung der TeilnehmerInnen mit dem Item „Zustimmung“ zum Messzeitpunkt 2 gemessen.

4.6.1 Potenzielle Störvariablen

Ein Hauptproblem wurde in der Beliebigkeit des Ausfüllens durch die Probanden gesehen. Dies vor allem durch die jugendliche Zielgruppe und den Umstand, dass diese einen fast identen Fragebogen zweimal innerhalb von wenigen Stunden ausfüllten. Gegenstrategie war hierbei, sich genügend Zeit zu nehmen, und die Testungen keinesfalls in Pausen oder Freistunden durchzuführen.

Zweite dokumentierte Gegenstrategie war es die Jugendlichen aufzuklären, warum die Notwendigkeit besteht, den Fragebogen zweimal auszufüllen. Diese Gegenstrategie wurde in der Praxis vernachlässigt. Der Trainer erfragte nach dem zweiten Messzeitpunkt zusätzlich mündlich die SchülerInnen, ob sie sich noch bewusst waren, was sie beim ersten Mal genau ausgefüllt haben. Dabei entstand der Eindruck des Trainers, dass die SchülerInnen Großteils noch genau wussten, was sie beim ersten Mal angaben. Inwiefern dies das Beantworten der zweiten Fragen beeinflusste, ist nicht dokumentiert.

Eine weitere potenzielle Störvariable wurde in den unterschiedlichen Dynamiken in der Gruppe gesehen. Dazu gehörte Tageszeit, Unterrichtsfächer (bzw. Pausen), die die SchülerInnen statt dem Workshop gehabt hätten, konstruktive oder destruktive Zusammenarbeit mit der Gruppe aus Trainersicht.

4.6.2 Durchführung

Die Durchführung der Befragung fand zu 6 verschiedenen Zeitpunkten an fünf verschiedenen Schulen statt. Alle Befragungen wurden auf den Smartphones mit der Anwendung SosciSurvey durchgeführt. Es kam vereinzelt zu technischen Schwierigkeiten. Dies vor allem zum Testzeitpunkt zwei, als einige SchülerInnen angaben, sich nicht mehr für die Befragung einloggen zu können. Dies konnte laufend verbessert jedoch nicht vermieden werden: Lösungsansätze waren z.B. die Erstellung eines QR Codes, um die Seite leichter zu erreichen und Veränderung der Einstellung auf der Soscisurvey Website, um das Einloggen zum Testzeitpunkt 2 zu erleichtern. Fehlende Daten, weil die TeilnehmerInnen sich nicht zum Messzeitpunkt zwei einloggen konnten, war auch der Hauptgrund, warum Datensets aussortiert werden mussten. Darüber hinaus hatten vereinzelt SchülerInnen prinzipiell Schwierigkeiten damit, sich für den Fragebogen einzuloggen oder mit der Internetverbindung. Aufgrund von Zeitmangel konnte nicht auf all diese Probleme eingegangen werden.

Es sei auch erwähnt, dass bei den durchgeführten Workshops und Befragungen Covid Sicherheitskonzepte eingehalten wurden. Diese unterschieden sich in den verschiedenen Schulen. Die Trainer mussten bei allen Workshops zumindest bei Unterschreitung des Mindestabstands Masken tragen. Teilweise saßen die Trainer hinter Plexiglaswänden. Die SchülerInnen mussten teilweise bei Unterschreitung der Mindestabstände untereinander Masken tragen. Teilweise wurde darauf geachtet, dass zwischen

den Schülern Abstände eingehalten werden. Bei den meisten Gruppen konnten die SchülerInnen jedoch Mindestabstände unterschreiten.

4.7 Auswertung

4.7.1 Datenaufbereitung

Aus folgenden Items wurde eine Kennung erzeugt.

Tabelle 6
Erläuterung der Kennung

Kennung
Deine Kennung
Wie lautet der letzte Buchstabe deines Geburtsmonats?
Zweiter Buchstabe des Vornamens der Mutter
Die ersten beiden Buchstaben des Geburtsorts

Die Kennung diente dazu, die Antworten der beiden Testzeitpunkte T1 und T2 einer Testperson zuzuordnen und dabei die Anonymität der Daten trotzdem zu gewährleisten. Bei allen Items wurde eine vierstufige Likert Skala verwendet. Die Codierung wurde mit den Zahlen 1-4 vorgenommen. Um Daten vergleichbar zu machen, wurden zahlreiche Invertierungen vorgenommen. Die folgende Tabelle zeigt alle Items, die bei der Auswertung invertiert wurden.

Tabelle 7
Invertierte Items

Grundeinstellung
Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zu?
1=stimme gar nicht zu, 2=stimme wenig zu, 3=stimme ziemlich zu, 4=stimme sehr zu, -9=nicht beantwortet
An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss
Demokratien sind nicht gut, um die Ordnung aufrechtzuerhalten
Derzeitige Ausgestaltung von Demokratie
Was meinst du:
1=sehr stabil, 2=eher stabil, 3=eher labil, 4=sehr labil, -9=nicht beantwortet
Ist die Demokratie in Österreich stabil (stark verankert)?
Institutionsvertrauen

Bitte gib im folgenden an wie sehr du den folgenden Institutionen vertraust.

1=sehr, 2=ziemlich, 3=wenig, 4=gar nicht, -9=nicht beantwortet

...den politischen Parteien

...dem österreichischen Rechtssystem

...dem niederösterreichischen Landtag

...dem Parlament

...dem Bundespräsidenten

Bei manchen Items wurde die Skalierung umgekehrt, um ein beliebiges Ausfüllen zu verhindern. Andere Aussagen sind negativ formuliert oder kommen negativen Formulierungen gleich (z.B. An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um Parlamente oder Wahlen kümmern muss). Auch beim von SORA zur Verfügung gestellten Datensatz wurden Items invertiert, um die Daten mit den eigens für diese Studie erhobenen Daten vergleichbar zu machen.

4.7.1.1 Faktorenanalyse

Die Faktoren werden für die Hypothesen 3-6 herangezogen. Bei den Hypothesen 1 und 2 werden einzelne Items verglichen.

Tabelle 8
Faktorenanalyse

Rotierte Komponentenmatrix^a

	Komponente		
	1	2	3
Grundeinstellung: Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag	,243	,598	-,035
starke_Persönlichkeit_MZP1_invertiert	-,343	,111	,769
Ordnung_aufrechterhalten_MZP1_invertiert	,195	-,039	,866
Parteienvertrauen_invertiertMZP1	,706	,334	-,156
Rechtssystemvertrauen_invertiert-MZP1	,728	,235	,251
Landtagsvertrauen_invertiert	,649	,110	-,188
Parlamentsvertrauen_invertiertMZP1	,792	,081	-,014
Bundespräsidentvertrauen_invertiert-MZP1	,755	-,040	,030
Demokratiestabilität_MZP1_invertiert	,010	,629	,001
Lebendigkeit: Ist die Demokratie in Österreich lebendig oder tot?	,553	,357	-,031
Beteiligung: Hast du vor, an den nächsten politischen Wahlen teilzunehmen?	,136	,715	,103

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.^a

a. Die Rotation ist in 5 Iterationen konvergiert.

Vor dem Hintergrund dieses Samples ergeben sich folgende drei Faktoren:

Faktor 1

Der erste Faktor setzt sich aus den Items bezüglich des Vertrauens in verschiedene demokratische Institutionen zusammen. Dieser wird im Folgenden als Faktor Institutionsvertrauen bezeichnet. Höhere Werte beschreiben höhere Vertrauenswerte.

Faktor 2

Der zweite Faktor setzt sich aus den Items Grundeinstellung, Demokratiestabilität und Beteiligung zusammen. Dieser Faktor wird als Einstellung_Demokratie bezeichnet. Je höher der Wert desto höher die Zustimmung.

Faktor 3

Der dritte Faktor besteht aus den folgenden beiden Items: An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss und Demokratien sind nicht gut, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dieser Faktor wird als Demokratie_Skepsis bezeichnet. Je höher die Werte in diesem Faktor, desto höher ist die Ablehnung dieser Items.

Das Item Demokratielebendigkeit wird verworfen, weil es inhaltlich nicht dem Faktor 1 zuordenbar ist und die Ladung auf Faktor 2 zu niedrig ist.

4.8 Ergebnisse

4.8.1 Ergebnisse Hypothese 1

Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung in Bezug auf grundsätzliche Einstellung zur Demokratie (H0).

Tabelle 9

Deskriptive Statistiken zu dem Item „Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“

Gruppenstatistiken

	Gruppe	N	Mittelwert	Std.-Abweichung	Standardfehler des Mittelwertes
Beste Staatsform	GB	2124	3,61	,61	,01
	ZG	93	3,32	,66	,07
	(VG+KG)				

GB- Gesamtbevölkerung; ZG-Zielgruppe (Vergleichsgruppe+Kontrollgruppe)

Die Zielgruppe entspricht der Versuchsgruppe und der Kontrollgruppe zum Messzeitpunkt 1. Die Gesamtbevölkerung entspricht einem Sample von 2124 Personen aus ganz Österreich im Alter über 16 Jahren.

Abbildung 9

Häufigkeiten Zielgruppe. Item „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“

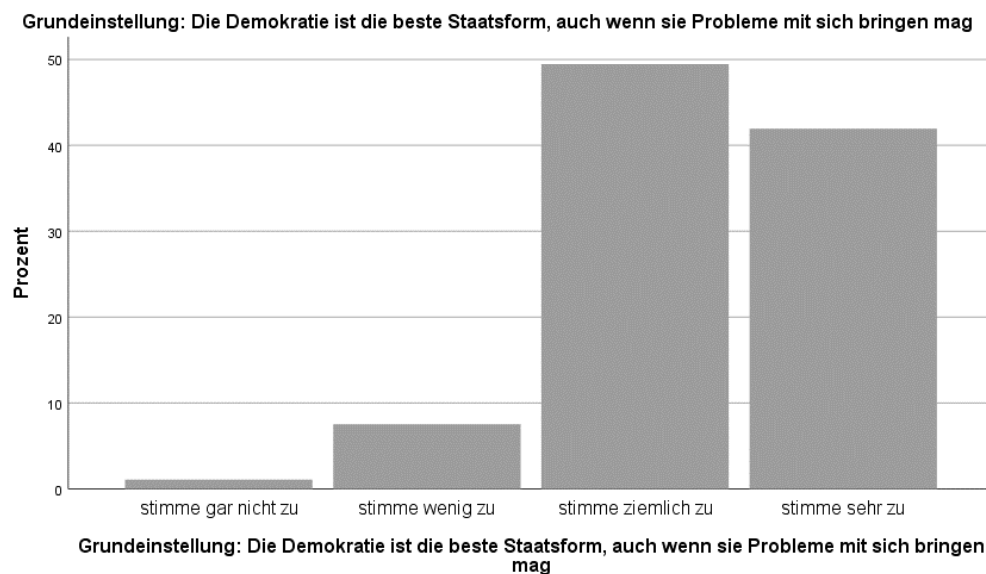


Tabelle 10
U-Test Item „beste Staatsform“

Statistik für Test^a

Grundeinstellung: Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag	
Mann-Whitney-U	73834,00
Wilcoxon-W	78205,00
Z	-4,95
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,00

a. Gruppenvariable: Versuchs- oder Kontrollgruppe

Nachdem die Daten nicht normalverteilt sind, wird ein nicht-parametrischer Test ausgeführt. Der Mann-Whitney-U Test für zwei unabhängige Stichproben zeigt, dass bei diesen beiden Gruppen signifikante Unterschiede bestehen. Das Item Grundeinstellung zur Demokratie wurde von der Zielgruppe signifikant niedriger bewertet als durch die Gesamtbevölkerung. Die Nullhypothese, die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung, wird somit verworfen und die Alternativhypothese H1, die Gruppen unterscheiden sich, angenommen. Die Effektstärke r , also die Größe bzw. Relevanz der Unterschiede, errechnet sich aus $r = \left| \frac{z}{\sqrt{n}} \right|$ was mit einem Wert von 0.105 somit einer schwachen Effektstärke entspricht (Cohen, 1992, S. 156).

4.8.2 Ergebnisse Hypothese 2

Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung in Bezug auf autoritäre Tendenzen.

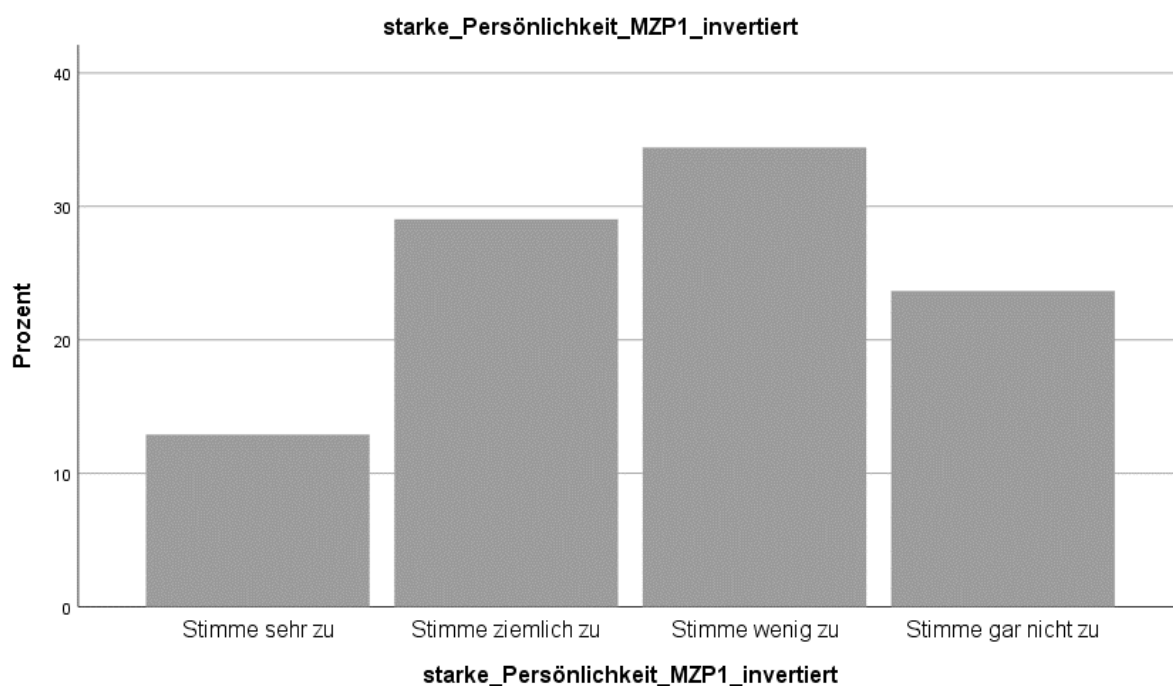
Tabelle 11
Gruppenstatistiken Item An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss

	Gruppe	N	Mittelwert	Std.-Abweichung	Standardfehler des Mittelwertes
Starke Persönlichkeit	GB	2188	3,46	,98	,02
	ZG	93	2,69	,98	,10

Die Zielgruppe entspricht der Versuchsgruppe und der Kontrollgruppe zum Messzeitpunkt 1. Die Gesamtbevölkerung entspricht einem Sample von 2124 Personen aus ganz Österreich im Alter über 16 Jahren.

Abbildung 10

Häufigkeiten Zielgruppe Item: An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss



Ein höherer Wert bedeutet hier eine höhere Ablehnung der Aussage, dass eine starke Persönlichkeit an der Spitze eines Staates sein sollte. Die Graphik zeigt die Ablehnungsraten der Zielgruppe in Prozent.

Tabelle 12
U-Test Item starke Persönlichkeit

Statistik für Test^a

	starke_Persönlichkeit
Mann-Whitney-U	58010,50
Wilcoxon-W	62381,50
Z	-7,36
Asymptotische Signifikanz (2-seitig)	,00

a. Gruppenvariable: Gesamtbevölkerung- oder Zielgruppe

Nachdem die Daten nicht normalverteilt sind, wird ein nicht-parametrischer Test ausgeführt. Der Mann-Whitney-U Test für zwei unabhängige Stichproben zeigt, dass bei diesen beiden Gruppen signifikante Unterschiede bestehen. Die Zielgruppe weist signifikant höhere autoritäre Tendenzen auf als die Gesamtbevölkerung.

Die Nullhypothese wird somit verworfen und die Alternativhypothese H1, die Gruppen unterscheiden sich, angenommen. Die Effektstärke beträgt $r=0,156$, was einer schwachen Effektstärke entspricht (Cohen, 1992, S. 156).

4.8.3 Ergebnisse Hypothese 3

Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung in Bezug auf Institutionsvertrauen.

Tabelle 13
Deskriptive Statistiken Institutionsvertrauen

Gruppenstatistiken

	Gruppe	N	Mittelwert	Std.-Abweichung	Standardfehler des Mittelwertes
Institutionsvertrauen	GB	2094	3,22	,55	,01
	ZG	93	2,63	,57	,06

Die Zielgruppe entspricht wiederum der Versuchsgruppe und der Kontrollgruppe zum Messzeitpunkt 1. Die Gesamtbevölkerung entspricht einem Sample von 2124 Personen aus ganz Österreich im Alter über 16 Jahren.

Tabelle 14
U-Test Institutionsvertrauen

Statistik für Test^a

	Institutioninsver- trauen_MZP1_invertiert
Mann-Whitney-U	38163,50
Wilcoxon-W	42534,50
Z	-9,972
Asymptotische Signifikanz (2-sei- tig)	,000

a. Gruppenvariable: Gesamtbevölkerung- oder Zielgruppe

Der Mann-Whitney-U Test zeigt signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen Zielgruppe und Gesamtbevölkerung. Das Institutionsvertrauen ist bei der Zielgruppe signifikant niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Die Nullhypothese wird somit verworfen und die Alternativhypothese, die Gruppen unterscheiden sich, angenommen. Die Effektstärke beträgt $r=0,211$, was einer schwachen Effektstärke entspricht (Cohen, 1992, S. 156).

4.8.4 Ergebnisse Hypothese 4

Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen positiven Einfluss auf das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. (H1)

Tabelle 15

Deskriptive Statistiken Institutionsvertrauen MZP1 und MZP 2

Deskriptive Statistiken

	Versuchs- oder Kontrollgruppe	Mittelwert	Std.-Ab- weichung	N
Institutionsver- trauen_MZP1_invertiert	Versuchsgruppe	2,69	,53	73
	Kontrollgruppe	2,39	,66	20
	Gesamt	2,63	,57	93
Institutionsver- trauen_MZP2_invertiert	Versuchsgruppe	2,74	,52	73
	Kontrollgruppe	2,33	,69	20
	Gesamt	2,65	,58	93

Tabelle 16

Tests der Innersubjekteffekte Institutionsvertrauen

Quelle		Quadrat- summe vom Typ III	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
VorNach	Greenhouse- Geisser	0	1	0	0,03	0,88
Vor- Nach*Gruppe	Greenhouse- Geisser	0,1	1	0,1	1,31	0,26
Fehler (Vor- Nach)	Greenhouse- Geisser	7,11	91	0,08		

Tabelle 17

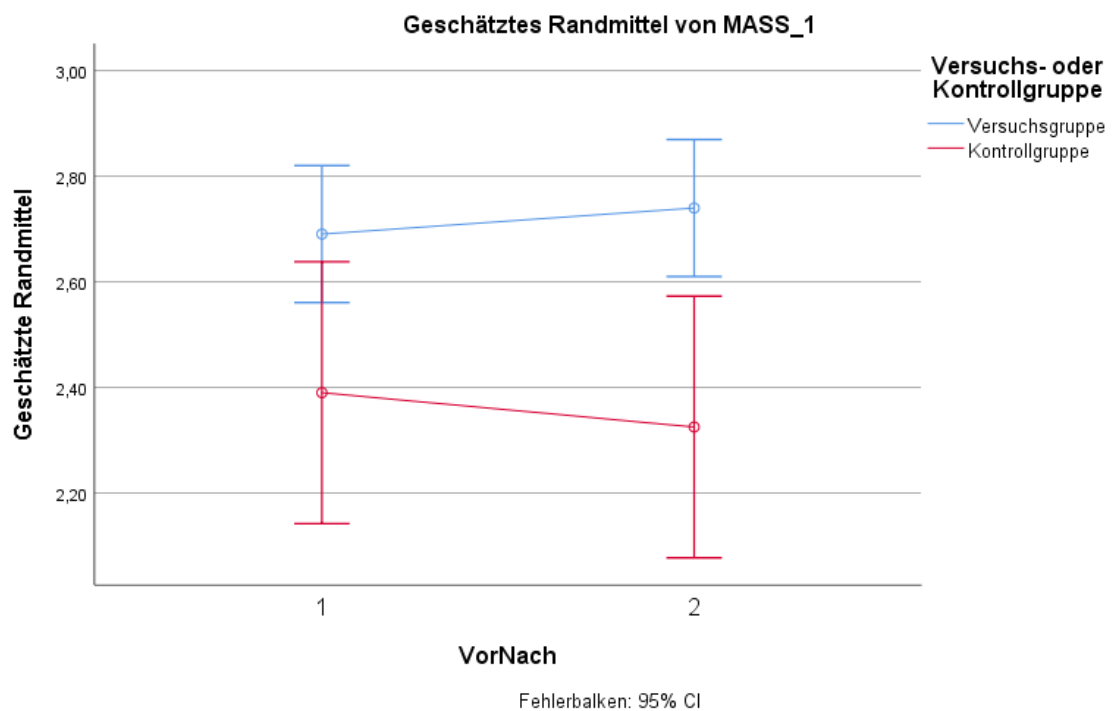
Tests der Zwischensubjekteffekte Institutionsvertrauen

Transformierte Variable: Mittel					
Quelle	Quadratsumme vom Typ III	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
Konstanter Term	807,90	1,00	807,90	1483,06	0,00
Gruppe	4,01	1,00	4,01	7,37	0,01
Fehler	49,57	91,00	0,54		

Die Überprüfung der Hypothese wird mit einer zweifaktoriellen Varianzanalyse mit Messwiederholung (mit Greenhouse-Geisser Korrektur) gerechnet. Es gibt keine signifikante Veränderung über die Zeit. Die Hypothese H1 wird somit verworfen und die Nullhypothese H0 angenommen. Zur Überprüfung der Ergebnisse wurde auch ein nicht-parametrischer Test (Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test) durchgeführt, welcher ebenfalls keinen signifikanten Unterschied zwischen den Zeitpunkten T1 und T2 zeigt. Die Tests der Zwischensubjekteffekte zeigen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Die Versuchsgruppe weist ein signifikant höheres Institutionsvertrauen auf als die Kontrollgruppe.

Abbildung 11

Veränderungen Institutionsvertrauen der Versuchs- und Kontrollgruppe zu MZP1 und MZP2



4.8.5 Ergebnisse Hypothese 5

Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen positiven Einfluss auf die Einstellung gegenüber der Demokratie.

Tabelle 18

Deskriptive Statistiken Einstellung gegenüber der Demokratie MZP1 und MZP2

	Versuchs- oder Kontrollgruppe	Mittelwert	Std.-Abweichung	N
Einstellung_Demokratie_MZP1	Versuchsgruppe	3,4201	,61370	73
	Kontrollgruppe	3,2667	,71410	20
	Gesamt	3,3871	,63568	93
Einstellung_Demokratie_MZP2	Versuchsgruppe	3,4087	,61303	73
	Kontrollgruppe	3,1167	,83963	20
	Gesamt	3,3459	,67398	93

Tabelle 19

Tests der Innersubjekteffekte Einstellung gegenüber der Demokratie

Maß:		MEASURE_1				
Quelle		Quadratsumme vom Typ III	df	Mittel der Quadratrate	F	Sig.
VorNach	Greenhouse-Geisser	0,20	1,00	0,20	2,08	0,15
VorNach *	Greenhouse-Geisser	0,15	1,00	0,15	1,53	0,22
Fehler(VorNach)	Greenhouse-Geisser	8,95	91,00	0,10		

Tabelle 20

Tests der Zwischensubjekteffekte Einstellung gegenüber der Demokratie MZP1 und MZP2

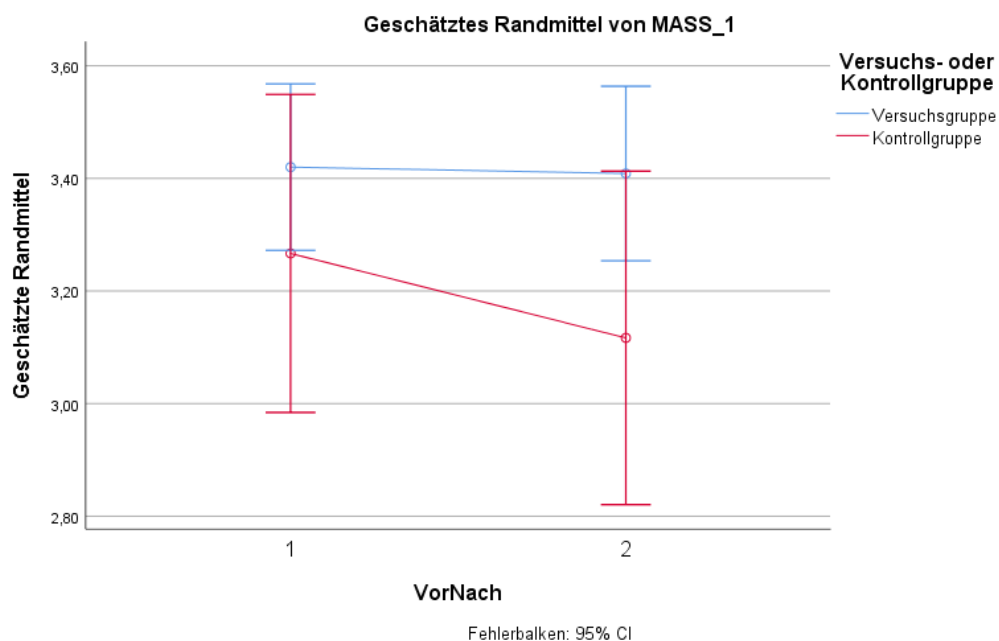
Maß:	MEASURE_1				
Transformierte Variable:	Mittel				
Quelle	Quadratsumme vom Typ III	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
Konstanter Term	1370,20	1,00	1370,20	1825,39	0,00
Gruppe	1,56	1,00	1,56	2,07	0,15
Fehler	68,31	91,00	0,75		

Die Überprüfung der Hypothese wird mit einer zweifaktoriellen Varianzanalyse mit Messwiederholung (mit Greenhouse-Geisser Korrektur) gerechnet. Es gibt keine signifikante Veränderung über die Zeit. Die Hypothese H1 wird somit verworfen und die Nullhypothese H0 angenommen. Zur Überprüfung der Ergebnisse wurde auch ein nicht-parametrischer Test (Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test) durchgeführt, welcher ebenfalls keinen signifikanten Unterschied zwischen den Zeitpunkten T1 und T2 zeigt.

Die Tests der Zwischensubjekteffekte zeigen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Die Versuchsgruppe weist ein signifikant höheren Wert zur Einstellung gegenüber der Demokratie auf als die Kontrollgruppe.

Abbildung 12

Veränderung Einstellung gegenüber der Demokratie MZP1 und MZP2



4.8.6 Ergebnisse Hypothese 6

Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen negativen Einfluss auf Demokratie-Skepsis.

Tabelle 21

Deskriptive Statistiken Demokratie-Skepsis

Deskriptive Statistiken

	Versuchs- oder Kontroll- gruppe	Mittelwert	Std.-Abweichung	N
Demokratie_Skepsis_MZP1	Versuchsgruppe	2,80	0,76	73,00
	Kontrollgruppe	3,25	0,68	20,00
	Gesamt	2,90	0,76	93,00
Demokratie_Skepsis_MZP2	Versuchsgruppe	2,71	0,72	73,00
	Kontrollgruppe	3,18	0,63	20,00
	Gesamt	2,81	0,72	93,00

Tabelle 22

Tests der Innersubjekteffekte Demokratie-Skepsis

Maß: MEASURE_1

Quelle		Quadrat- summe vom Typ III	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
VorNach	Greenhouse-Geisser	0,23	1,00	0,23	0,87	0,35
VorNach * Gruppe	Greenhouse-Geisser	0,00	1,00	0,00	0,01	0,91
Fehler(VorNach)	Greenhouse-Geisser	23,98	91,00	0,26		

Tabelle 23

Tests der Zwischensubjekteffekte Demokratie-Skepsis

Maß: MEASURE_1

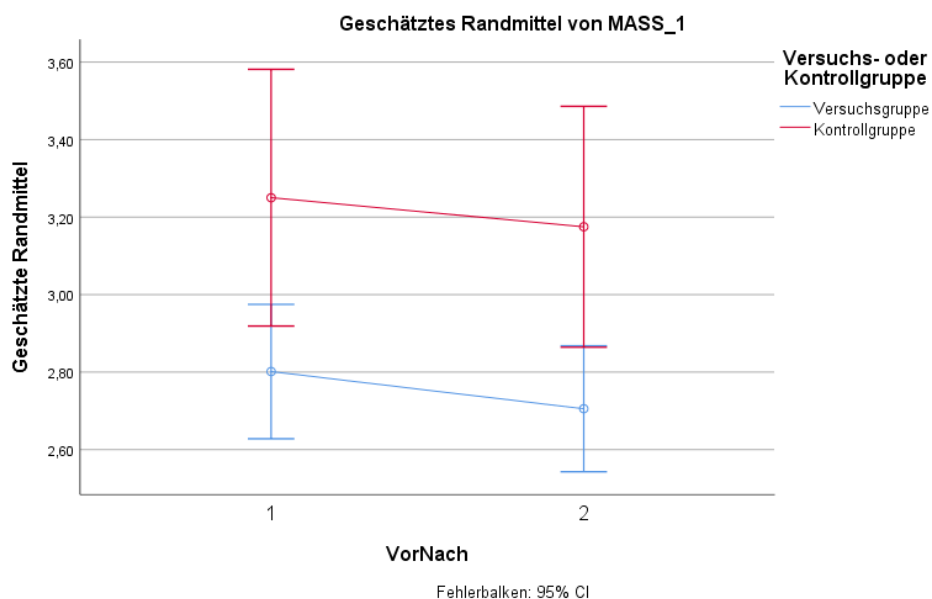
Transformierte Variable: Mittel

Quelle	Quadratsumme vom Typ III	df	Mittel der Quadratsumme	F	Sig.
Konstanter Term	1117,52	1	1117,52	1428,45	,000
Gruppe	6,62	1	6,62	8,46	,005
Fehler	71,19	91	,78		

Die Überprüfung der Hypothese wird mit einer zweifaktoriellen Varianzanalyse mit Messwiederholung (mit Greenhouse-Geisser Korrektur) gerechnet. Es gibt keine signifikante Veränderung über die Zeit. Die Hypothese H1 wird somit verworfen und die Nullhypothese H0 angenommen. Zur Überprüfung der Ergebnisse wurde auch ein nicht-parametrischer Test (Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test) durchgeführt, welcher ebenfalls keinen signifikanten Unterschied zwischen den Zeitpunkten T1 und T2 zeigt. Die Tests der Zwischensubjekteffekte zeigen signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Die Kontrollgruppe weist höhere Ablehnungswerte zu Demokratie-Skepsis auf als die Versuchsgruppe.

Abbildung 13

Veränderung Demokratie-Skepsis MZP1 und MZP2



4.8.7 Ergebnisse Hypothese 7

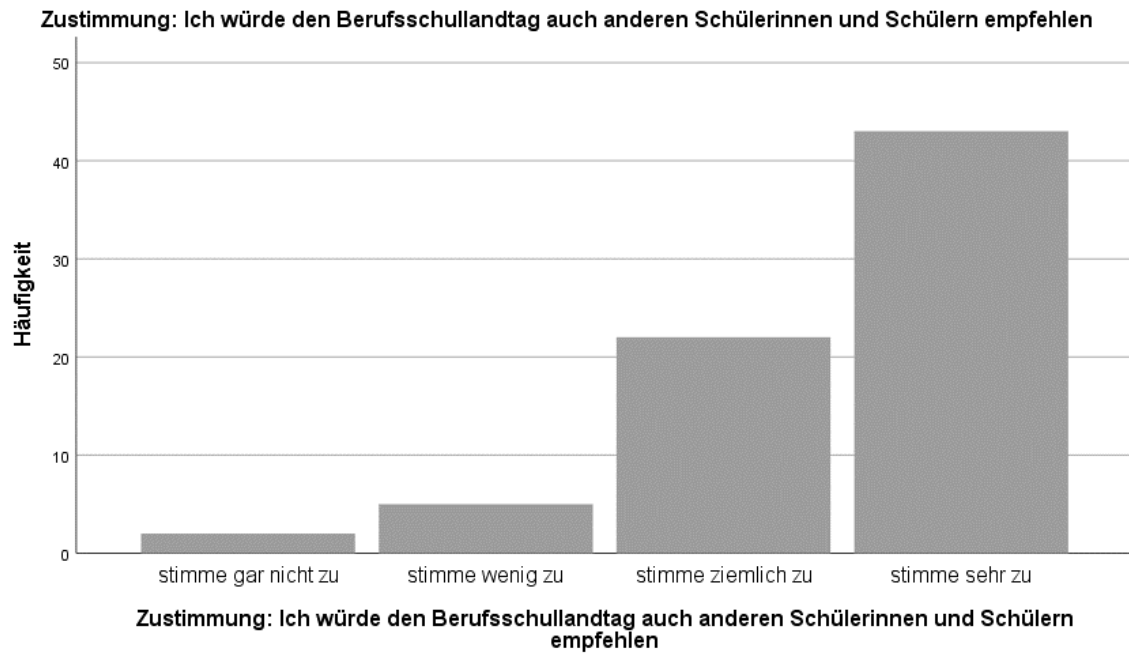
Der Berufsschullandtag trifft auf hohe Akzeptanz unter den TeilnehmerInnen.

Tabelle 24

Deskriptive Statistiken „Ich würde den Berufsschullandtag auch anderen Schülerinnen und Schülern empfehlen“

N	Gültig	72
Mittelwert		3,47
Median		4,00
Std.-Abweichung		,75
Spannweite		3
Minimum		1
Maximum		4

Abbildung 14
Häufigkeiten Zustimmung



Die Häufigkeiten weisen auf eine hohe Akzeptanz unter den TeilnehmerInnen. Die Hypothese H1 wird daher beibehalten.

5 Diskussion der Ergebnisse

5.1 Moderatoren

5.1.1 Pandemie

Die pandemiebedingten Veränderungen können in vielerlei Hinsicht Einfluss auf die Ergebnisse der vorliegende Studie genommen haben. So wurden den geänderten Umständen entsprechend in den Workshops andere Methoden angewandt und inhaltliche Zielsetzungen angepasst. Der Ort der Intervention wurde von den repräsentativen Räumlichkeiten des Landtagssaals hin zu Klassenzimmern an den Schulen verlegt. Die Durchführung fand unter verschiedensten Sicherheitsvorkehrungen (Abstände, Masken, Plexiglaswände, kleinere Gruppengröße) statt.

5.1.2 Anleitung der Befragung

Der Versuchsleiter hat versucht so wenig Einfluss wie möglich auf die ProbandInnen zu nehmen. Der Versuchsleiter wies nicht darauf hin, dass die beiden Fragebogen bis auf ein Item ident sind. Nach Eindruck des Versuchsleiters wäre es von Vorteil gewesen, explizit zu erklären, dass die Fragestellungen dieselben sind mit der Erklärung, eventuelle Veränderungen messbar zu machen. Die Jugendlichen gaben ihren Angaben nach an, sich noch genau an die Angaben des ersten Messzeitpunkts erinnern zu können. Dies kann dazu geführt haben, dass die SchülerInnen wissentlich den Fragebogen zweimal gleich ausgefüllt haben.

5.1.3 Beliebigkeit beim Ausfüllen

Es war im Vorhinein nicht auszuschließen, dass die Jugendlichen die Fragen nicht ausreichend lesen und den Fragebogen beliebig ausfüllen. Es wurden auch Maßnahmen getroffen, um dies zu vermeiden (kurzer Fragebogen, zahlreiche Invertierungen,...). Dies dürfte sich nicht bewahrheitet haben, die Daten weisen auf keine Beliebigkeit beim Ausfüllen hin.

5.2 Diskussion Faktorenanalyse

Die Interpretation dieser Faktoren gibt Aufschluss über das Demokratieverständnis der Zielgruppe. Diese stimmen nicht gänzlich mit den theoretischen Kategorisierungen, die im Kapitel 5.6 Erhebungsinstrument zusammenfassend beschrieben werden, überein.

Faktor 1 ist konsistent mit dem, was im *Kapitel 5.6 Erhebungsinstrument* als Vertrauen in demokratische Institutionen beschrieben wurde. Dieser Faktor beschreibt die Korrelation der Vertrauenswerte, welche die TeilnehmerInnen in verschiedene demokratischen Institutionen haben.

Faktor 2 zeigt, dass die Grundeinstellung zur Demokratie mit der Bewertung der Stabilität von Demokratie und der Bereitschaft zur Beteiligung korreliert. Inhaltlich beschreibt dieser Faktor eine demokratische Persönlichkeit, welche Aspekte von sowohl der grundsätzlichen Einstellung zur Demokratie, laut Norris (2011: S.10) general regime principles, als auch die Bewertung der derzeitigen Ausgestaltung von Demokratie miteinbezieht. Diese korrelieren des Weiteren mit der Bereitschaft zur Beteiligung.

Faktor 3 beinhaltet Demokratieskepsis und autoritäre Merkmale.

Die Annahme, dass die Zustimmung zur Demokratie als beste Staatsform mit einer Ablehnung der starken Persönlichkeit an der Spitze des Staates und einer Ablehnung der Aussage, dass Demokratien nicht gut sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, korrelieren, geht aus den Daten nicht hervor. D.h. eine Zustimmung zur Demokratie korreliert nicht mit der Ablehnung von autoritären Angeboten.

5.3 Diskussion Hypothese 1

Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung im Bezug auf die grundsätzliche Einstellung zur Demokratie (H0).

Die deskriptive Statistik zeigt, dass Personen der Zielgruppe grundsätzlich hohe Zustimmungswerte zur Demokratie als Staatsform vorweisen (Siehe dazu Abbildung 12). Allerdings ergeben sich Unterschiede zur Gesamtbevölkerung. Das Sample der Zielgruppe (also niederösterreichische BerufsschülerInnen) weisen signifikant geringere Zustimmungswerte auf als ein repräsentatives Sample aus der österreichischen Gesamtbevölkerung über 16 Jahren aus dem Jahr 2020 (Tabelle 8). Eine Studie an Wiener Berufsschulen aus dem Jahr 2017 weist bei dieser Fragestellung zum Vergleich

wesentlich geringere Zustimmungswerte aus. Befragt wurden im Februar und März 2016 rund 700 Lehrlinge aus insgesamt 25 verschiedenen Lehrberufen an 10 Wiener Berufsschulen (Lauß & Schmid-Heher, 2017, S. 90).

Mit 68% spricht sich eine überwiegende Mehrheit der Befragten sehr oder eher für die Demokratie als beste Regierungsform aus, wobei mit 41% der deutlich größere Teil nur eher zustimmt. Es ist bemerkenswert, dass trotz des relativierenden Nebensatzes immerhin rund ein Viertel der Befragten (24%) die Demokratie „eher“ oder „stark“ ablehnt. (Lauß & Schmid-Heher, 2017, S. 92)

5.4 Diskussion Hypothese 2

Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung in Bezug auf autoritäre Tendenzen.

Die deskriptive Statistik zeigt, dass die SkeptikerInnen der Demokratie, im Vergleich zur vorhergehenden Aussage, schon einen größeren Anteil einnehmen. 27% der Befragten stimmen dieser Aussage ziemlich zu (Abbildung 11).

Die BerufsschülerInnen lehnen diese Aussage signifikant weniger ab als ein repräsentatives Sample aus der österreichischen Gesamtbevölkerung über 16 Jahren aus dem Jahr 2020 (Tabelle 12). Der Wortlaut der Fragestellung bei dem Sample aus der Gesamtbevölkerung unterscheidet sich geringfügig von dem aus der vorliegenden Studie. Das Item aus der vorliegenden Studie formulierte die Aussage mit der geschlechtsneutralen „starken Persönlichkeit“, die Daten aus der SORA Studie mit einem „starken Führer“. Es ist nicht auszuschließen, dass die verschiedenen Formulierungen einen Einfluss auf die Bewertung dieses Items haben. Als Vergleich wird wieder die Studie an Wiener Berufsschulen aus dem Jahr 2016/2017 herangezogen (Item im gleichen Wortlaut wie bei der vorliegenden Studie):

Mit 47% der Befragten unterstützt die Mehrheit jener, die diese Frage beantwortet haben, den Vorschlag eines Staatsoberhauptes, das unabhängig von zentralen demokratischen Institutionen wie Wahlen und Parlament regieren kann. Lediglich eine von sechs Personen (16%) lehnt ein solches autoritäres System vehement ab.

Auch hier zeigt sich, dass die niederösterreichischen BerufsschülerInnen, die im Rahmen dieser Studie befragt wurden, zwar größere autoritäre Tendenzen als die Gesamtbevölkerung aufweisen, jedoch im Vergleich geringere Werte als bei einer vergleichbaren Studie in Wiener Berufsschulen.

5.5 Diskussion Hypothese 3

Die Zielgruppe unterscheidet sich nicht von der Gesamtbevölkerung im Bezug auf Institutionsvertrauen.

Die Ergebnisse zeigen ein signifikant geringeres Institutionsvertrauen der niederösterreichischen BerufsschülerInnen als in der Gesamtbevölkerung (Tabelle 14). Hier muss jedoch auf die Verschiedenheit der Items hingewiesen werden, welche die Daten beeinflusst haben könnte. So unterschieden sich die aufgelisteten Institutionen folgendermaßen:

Tabelle 25

Institutionen dieser Studie

1)	den politischen Parteien
2)	dem österreichischen Rechtssystem
3)	dem niederösterreichischen Landtag
4)	dem Parlament
5)	dem Bundespräsidenten

Tabelle 26

Institutionen Studie Sora

1)	dem Bundespräsidenten
2)	der Bundesregierung
3)	dem Parlament
4)	der Justiz
5)	der Polizei
6)	den Behörden und Ämtern
7)	der Sozialpartnerschaft
8)	der Europäischen Union

Inwiefern die verschiedenen Institutionen das Ergebnis beeinflusst haben ist nicht bekannt. Die Werte bei dieser Studie sind wesentlich höher als die im Kapitel 3.3.5 dargestellten Zahlen zu Institutionsvertrauen bei jenen Institutionen, die sowohl in der Studie von Plasser und Seeber (Plasser & Seeber, 2017, S. 282), als auch bei dieser Studie vorliegen. Zum Vergleich:

Tabelle 27

Rechtssystemvertrauen im Vergleich

1990	1999	2008	Hier
60	69	65	69,1

Rechtssystemvertrauen in % „a great deal“ und „quite a lot“ (1990-2008) vs. „Vertraue sehr“ und „vertraue ziemlich“ (Hier)

Tabelle 28

Parlamentsvertrauen im Vergleich

1990	1999	2008	Hier
41	41	30	59,6

Parlamentsvertrauen in % „a great deal“ und „quite a lot“ (1990-2008) vs. „Vertraue sehr“ und „vertraue ziemlich“ (Hier)

Dies weist im historischen Vergleich auf ein durchwegs höheres Institutionsvertrauen der niederösterreichischen BerufsschülerInnen heute (2020) hin als in vergleichbaren Studien 2008 (bzw. 1990 und 1999).

5.6 Diskussion Hypothese 4

Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen positiven Einfluss auf das Vertrauen in die demokratischen Institutionen (H1).

Dass diese Hypothese verworfen werden muss, kann mehrere Gründe haben. Am plausibelsten scheint, dass die Items nicht sensibel genug sind, um auf Veränderungen, die im 3 Stunden Abstand möglich wären, reagieren zu können. Dafür würde sprechen, dass weder bei der Versuchs- noch bei der Kontrollgruppe signifikante Veränderungen messbar waren. Darüber hinaus wurden nur kurzfristige Effekte gemes-

sen, die keine Zeit zur Verarbeitung der Workshops durch die SchülerInnen berücksichtigten. Der dritte Messzeitpunkt, welcher mittelfristige Effekte messen hätte können, konnte pandemiebedingt nicht durchgeführt werden.

Auch könnten pandemiebedingte Veränderungen einen Einfluss gehabt haben: die Workshops wurden den neuen Gegebenheiten angepasst und konnten nicht mehr wie geplant im Landtagssaal stattfinden, sondern wurden in Schulräumlichkeiten verlegt. Es kann davon ausgegangen werden, dass das veränderte Setting im Landtagssaal einen Einfluss gehabt hätte. Ein verändertes Setting ist im Modell der IOA Teil des Konzepts (siehe dazu Kapitel 3.5), konnte aber pandemiebedingt nicht in die Praxis umgesetzt werden. Darüber, ob sich dieser Einfluss auf die Daten niedergeschlagen hätte, können keine Aussagen getroffen werden.

Es wurden den Umständen entsprechend andere Interventionsmethoden eingesetzt und die Schwerpunkte der Zielsetzung der Workshops lagen weniger bei Institutionsvertrauen, sondern mehr auf grundsätzlicher Einstellung zur Demokratie und autoritäre Tendenzen.

Die Daten zeigen jedoch einen statistisch relevanten Eingangs- und Gruppenunterschied zwischen der Versuchs- und der Kontrollgruppe. Die Versuchsgruppe weist dabei signifikant höhere Vertrauenswerte auf als die Kontrollgruppe. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass schon die Teilnahme das Vertrauen in demokratische Institutionen hebt und diese dann konstant höher bleiben als bei der Kontrollgruppe.

5.7 Diskussion Hypothese 5

Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen positiven Einfluss auf die Einstellung gegenüber der Demokratie.

Analog zu Hypothese 4 scheint am plausibelsten, dass das Messinstrument nicht sensibel genug war, um Veränderungen über die Zeit messbar zu machen. Die Meinung der Jugendlichen gegenüber der Demokratie hat sich über die Zeit weder zum negativen noch zum positiven verschoben. Ein weiterer Erklärungsansatz ist, dass es sich bei der Einstellung gegenüber der Demokratie um stabile Meinungen und Einstellungen handelt, welche sich im Laufe eines Halbtags nur minimal verändern. Würden in einem Halbttag starke Veränderungen in diesen Grundeinstellungen stattfinden, könnte diese Volatilität auch als problematisch angesehen werden.

Auch hier zeigen die Daten signifikante Eingangs- und Gruppenunterschiede. Die Versuchsgruppe weist höhere Werte bezüglich der Einstellung zur Demokratie auf als die Kontrollgruppe. Es ist plausibel, dass schon die Teilnahme die Werte „Einstellung zur Demokratie“ hebt, welche dann konstant höher bleiben als bei der Kontrollgruppe.

5.8 Diskussion Hypothese 6

Eine handlungsorientierte Kurzintervention hat einen negativen Einfluss auf autoritäre Tendenzen und Demokratieskepsis.

Die Annahme, dass autoritäre Tendenzen durch die Interventionen über die Zeit reduziert werden konnten, geht aus den Daten nicht hervor. Ein Problem kann wie bei den vorhergehenden beiden Hypothesen sein, dass die Items nicht sensibel genug waren, um auch kleine Veränderungen messbar zu machen. Keinerlei signifikante Veränderung bei Versuchs- und Kontrollgruppe sprechen für diese Annahme.

Begründung kann hier wieder sein, dass es sich um sehr grundsätzliche Einstellungen handelt, welche sich innerhalb eines Halbtags nicht allzu sehr verändern. Auch hier wäre es interessant gewesen, Daten zu mittelfristigen Veränderungen zu haben. Dies würde Auskunft darüber geben, ob die Intervention länger braucht, um deren Effekte zeigen zu können. Pandemiebedingt war aber das wiederholte Messen einige Wochen später nicht möglich.

Die Gruppenunterschiede zeigen, dass die Kontrollgruppe weniger autoritäre Tendenzen aufweist als die Versuchsgruppe. Dies lässt sich mit der Argumentation, dass alleine die Teilnahme einen Unterschied macht nicht erklären und könnte ein Hinweis auf grundsätzlich unterschiedliche Gruppen sein.

5.9 Diskussion Hypothese 7

Der Berufsschullandtag trifft auf hohe Akzeptanz unter den TeilnehmerInnen.

Die Akzeptanz der TeilnehmerInnen wurde mit einem Item geprüft. Nur 9,7% stimmen der Aussage „Ich würde den Berufsschullandtag auch anderen Schülerinnen und Schülern empfehlen“ wenig zu oder nicht zu. Umgekehrt formuliert stimmen mehr als 90% der TeilnehmerInnen dieser Aussage sehr zu oder ziemlich zu. Dies weist auf

hohe Akzeptanz unter den TeilnehmerInnen hin. Dies stimmt auch mit dem schriftlichen Feedback überein, welches seit Beginn des Projekts eingeholt wurde. Die Akzeptanz der Jugendlichen für die handlungsorientierten Angebote durch den NÖ Landtag steht somit außer Zweifel (siehe dazu Anhang A).

6 Einschränkungen

6.1 Methodenkritik

Es besteht die Vermutung, dass das Messinstrument zur Beantwortung der Hypothesen, das die Unterschiede im zwischen T1 und T2 messen sollte, nicht sensitiv genug war. Nachdem bei keiner der Hypothesen signifikante Veränderungen zwischen T1 und T2 messbar waren, liegt es nahe, dass das Messinstrument für kurzfristige Veränderungen nicht geeignet war. Ein sensitiveres Messinstrument oder die Ergänzung durch qualitative Interviews mit den TN könnte weitere Aufschlüsse über die Fragestellung bringen.

6.2 Corona-Pandemie

Die Studie wurde während einer besonderen Zeit durchgeführt, welche zahlreiche Aspekte der Studie beeinflusst. Es mussten im Rahmen der pandemiebedingten Einschränkungen einige Änderungen vorgenommen werden. Dies betrifft unter anderem den Ort der Durchführung, welchem für diesen Ansatz zentrale Bedeutung zugesprochen wird. Auch die Methodenwahl, die Schwerpunktsetzung bei den Zielen, die Durchführung der Workshops und die Befragungen wurden von den Umständen beeinflusst. So sind alle Ergebnisse vor dem Hintergrund starker Einschränkungen durch die Pandemie zu betrachten.

6.3 Kurz- und mittelfristige Effekte

Das ursprüngliche Design sah drei Messzeitpunkte vor, um nicht nur kurz- sondern auch mittelfristige Effekte messen zu können. Dies wurde ebenfalls durch die pandemiebedingten Einschränkungen erschwert und daher angepasst. Daher können nur Aussagen über unmittelbare Effekte getroffen werden. Gerade handlungsorientierte Lernansätze können einen längeren Zeitraum zur Verarbeitung brauchen. Dem konnte in dieser Studie nicht Rechenschaft getragen werden.

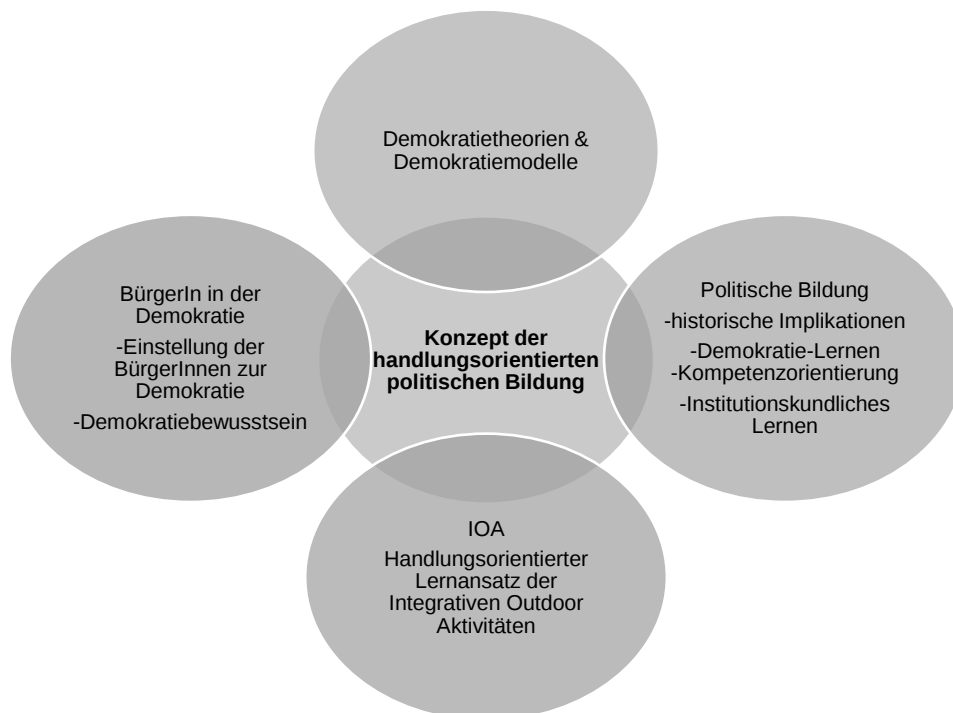
7 Schlussfolgerung Implikationen

Aus dieser Studie gehen Erkenntnisse auf drei Ebenen hervor:

1. Ein theoretisch fundiertes Konzept für handlungsorientierte politische Bildung
2. Die Beschreibung einer Zielgruppe für politische Bildung: niederösterreichische BerufsschülerInnen
3. die Untersuchung der Wirksamkeit spezifischer Interventionen von handlungsorientierter politischer Bildung

Ad1) Das Konzept, welches im Rahmen dieser Studie erarbeitet wurde, verknüpft verschiedene Theoriestränge zu einem handlungsorientierten Konzept der politischen Bildung:

Abbildung 15
Das Konzept der handlungsorientierten politischen Bildung



Dieses Konzept kann nun für andere Zielgruppen und zu verschiedensten Zielen angewandt und beforscht werden.

Ad 2) Die Untersuchungen zeigen, dass niederösterreichische BerufsschülerInnen signifikant geringere Werte bezüglich Vertrauen in demokratische Institutionen, geringere Werte bezüglich einer positiven Einstellung zur Demokratie und höhere autoritäre Tendenzen bzw. Skepsis gegenüber der Demokratie vorweisen als die österreichische Gesamtbevölkerung. Die Zukunft der Demokratie ist von ihren demokratischen BürgerInnen abhängig. Daraus folgt, dass gerade für diese junge Zielgruppe weitere Anstrengungen der politischen Bildung unternommen werden müssen, um die Zukunft unserer Demokratie zu sichern.

Ad3) Bezüglich der Wirksamkeit handlungsorientierter Angebote der politischen Bildung können nach der Datenlage dieser Arbeit nur wenige gesicherte Aussagen getätigt werden. Gesichert ist, dass die untersuchten Angebote auf eine sehr hohe Akzeptanz unter den TeilnehmerInnen treffen. Ebenfalls gibt es Hinweise darauf, dass die Teilnahme das Institutionsvertrauen steigert und eine positive Einstellung gegenüber der Demokratie fördert. Es wären noch weitere Studien ausständig, um die Wirksamkeit handlungsorientierter Angebote genauer zu untersuchen. Ein anderer Fragebogen, ein Vergleich mit Angeboten mit tatsächlich verändertem Setting, qualitative Forschungsansätze und die Messung mittel- und langfristiger Effekte können weitere Erkenntnisse über die Wirksamkeit handlungsorientierter politischer Bildung liefern.

Literaturverzeichnis

- Anderson, G. (2008). *Föderalismus: eine Einführung* (Bd. 3170). UTB.
- Barber, B. (2003). *Strong democracy: Participatory politics for a new age*. Univ of California Press.
- Baumert, J. (2001). Vergleichende Leistungsmessung im Bildungsbereich. *Zukunftsfragen der Bildung*, 13–36.
- Berg-Schlosser, D. (2011). Demokratietheorien und Demokratisierung: Österreich im internationalen Vergleich. In B. Prammer, B. Rosenberg, & K. A. Duffek (Hrsg.), *Die Qualität der Demokratie : Kriterien, Befunde, Herausforderungen* (S. 75–91). Löcker.
- Cohen, J. (1992). A power primer. *Psychological bulletin*, 112(1), 155.
- Dachs, H. (2008). Verschiedene Modelle der Demokratie. *Jugend - Demokratie - Politik*, 28, 22–30.
- Dahl, R. A. (2020). *On democracy*. Veritas Paperbacks.
- Dewey, J. (2011). *Demokratie und Erziehung: eine Einleitung in die philosophische Pädagogik* (Bd. 57). Beltz.
- Diendorfer, G., & Forum Politische Bildung, W. (2008). *Jugend - Demokratie - Politik : [Unterrichtsbeispiele ab der 8. Schulstufe]*. Studien-Verl.
- Diendorfer, G., & Urban, J. (2016). Politische Bildung. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, Konzepte und Theorieansätze. In G. Diendorfer, B. Bellak, A. Pellinka, & W. Wintersteiner (Hrsg.), *Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung : ein Handbuch* (S. 124–180). Böhlau Verlag.
- Easton, D. (1979). *A System Analysis of Political Life*. Chicago University Press.
- Fallend, F. (2012). Das Recht geht vom Volk aus. *Das Parlament im österreichischen politischen System*, 36, 5–15.
- Filzmaier, P. (2002). Politische Bildung in Österreich. *JSSE-Journal of Social Science Education*, 1.
- Fraenkel, E. (2011). *Deutschland und die westlichen Demokratien* (Bd. 3529). UTB.
- Gärtner, R. (2016). *Basiswissen Politische Bildung* (F. Eder & new academic press og (Hrsg.)). new academic press.
- Heinemann, M. (1981). Der Einfluss von John Dewey und Hans Morgenthau auf die Formulierung der Re-Education Politik. In M. Heinemann (Hrsg.), *Umerziehung*

und Wiederaufbau: Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich (Bd. 40–52). Klett-Cotta.

Hellmuth, T., & Klepp, C. (2010). *Politische Bildung : Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele*. Böhlau.

Himmelman, G. (2005). Demokratie Lernen: als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, 2., überarb. Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag.

Himmelman, G. (2006). *Leitbild Demokratieerziehung : Vorläufer, Begleitstudien und internationale Ansätze zum Demokratie-Lernen* (D. Lange (Hrsg.)). Wochenschau-Verl.

Holthaus, L., & Noetzel, T. (2012). Demokratischer Pluralismus versus despotische Herrschaft. In O. W. Lembcke, C. Ritzi, & G. S. Schaal (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien* (S. 33–62). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94161-5_2

House, F. (2021). *FREEDOM IN THE WORLD 2021 THE WORLD 2021*. https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-02/FIW2021_World_02252021_FINAL-web-upload.pdf

IOA®. (2018). *Universitätslehrgang 7, Integrative Outdoor-Aktivitäten, Arbeitsunterlage zum Basisseminar*. Universität Wien.

Jörke, D. (2006). Warum „Postdemokratie“? *Forschungsjournal neue soziale Bewegungen*, 46.

Kaeding, M., Haußner, S., & Pieper, M. (2016). Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. In *Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen* (1. Aufl. 2). <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11857-0>

Katharina, G., Winfried, F., & Heike, P. (2015). *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945: Interdisziplinäre Perspektiven auf „America’s Germany“* (Bd. 55).

Klepp, C., Universitätslehrgang Politische Bildung, K., & Donau, K. an der. (2008). 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. In *Fünfundzwanzig Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich*. Facultas.WUV.

Krammer, H. (2012). Demokratielernen durch politische Bildung? In *Demokratiebildung : Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik* (S. 27–39). StudienVerl.

Krammer, R., Kühberger, C. & Windischbauer, E. (2008). Kompetenzmodell der Politischen Bildung. https://www.bmbwf.gv.at/dam/jcr:a9bf28dd-dd87-440b-9b33-9ba2b39cb4dc/glv_kompetenzmodell_23415.pdf

- Lange, D., & Himmelmann, G. (2007). Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein. In D. Lange & G. Himmelmann (Hrsg.), *Demokratiebewusstsein : interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung* (1. Aufl., S. 26–41). VS, Verl. für Sozialwiss.
- Lange, D., & Himmelmann, G. (2010). *Demokratiedidaktik: Impulse für die politische Bildung* (Bd. 4). <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92534-9>
- Lauß, G., & Schmid-Heher, S. (2017). Politische Bildung an Wiener Berufsschulen: Demokratische und autoritäre Potentiale von Lehrlingen. In P. Mitnik (Hrsg.), *Empirische Einsichten in der Politischen Bildung* (S. 85–112).
- Lembcke, O. W., Ritzi, C., & Schaal, G. S. (2012). Zwischen Konkurrenz und Konvergenz. In O. W. Lembcke, C. Ritzi, & G. S. Schaal (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien* (S. 9–32). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-94161-5_1
- Marschall, S. (2016). *Parlamentarismus: Eine Einführung* (Bd. 4609). UTB.
- Massing, P. (2014). Institutionskundliches Lernen. In W. Sander & B. Asbrand (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung* (4., völlig, S. 295–303). Wochenschau.
- Merkel, W. (2011). Die Herausforderungen der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In P. Barbara, R. Barbara, & K. A. Duffek (Hrsg.), *Die Qualität der Demokratie: Kriterien, Befunde, Herausforderungen* (S. 19–31). Löcker.
- Meyer, T. (2009). *Was ist Demokratie? : eine diskursive Einführung* (1. Aufl.). VS, Verl. für Sozialwiss.
- Möller, L. (2019). Methodische Zugänge - Stärkung des Demokratiebewusstseins. *Informationen zur politischen Bildung*, 44, 49–58.
- Müller, W. (2006). Das Regierungssystem. In H. Dachs (Hrsg.), *Politik in Österreich : das Handbuch* (S. 105–117). Manz.
- NÖ Landtag. (2020). *Der Berufsschullandtag in Niederösterreich*. Der Berufsschullandtag in Niederösterreich. https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sites/noe-landtag/medien/aktuelles/2020/Broschuere_Berufsschullandtag.pdf
- Norris, P. (2011). *Democratic deficit: Critical citizens revisited*. Cambridge University Press.
- Plasser, F., & Seeber, G. (2017). Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik im internationalen Vergleich. In *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (2. Aufl., S. 337–364). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

- Plasser, F., & Seeber, G. (2012). Die österreichische Demokratie im Vergleich. In L. Helms & D. Wineroither (Hrsg.), *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (1. Aufl., S. 249–269). Nomos-Verl.-Ges. Facultas.WUV.
- Reinhard, K. (2008). Kompetenzen durch Politische Bildung - Ein Kompetenz-Strukturmodell. *Informationen zur Politischen Bildung*, 29, 5–14.
- Roth, K. (2017). I. Antike. In H. Massing, Peter Breit, Gotthard Buchstein (Hrsg.), *Demokratiethorien : von der Antike bis zur Gegenwart : Texte und Interpretationshilfen* (9., erweit., S. 17–52). Wochenschau Verlag.
- Saage, R. (2005). *Demokratiethorien : historischer Prozess, theoretische Entwicklung, soziotechnische Bedingungen* (1. Aufl.). VS, Verl. für Sozialwiss.
- Sander, W. (2014). Geschichte der politischen Bildung. In W. Sander & B. Asbrand (Hrsg.), *Handbuch Politische Bildung* (4., völlig, S. 15–31). Wochenschau.
- Schaal, G. S., Ritzi, C., & Lembcke, O. W. (2012). *Zeitgenössische Demokratiethorie: Band 1: Normative Demokratiethorien*. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94161-5>
- Scherb, A. (2008). *Der Bürger in der Streitbaren Demokratie : Über die normativen Grundlagen Politischer Bildung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Schmidt, M. G. (2010). *Demokratiethorien: Eine Einführung* (5.). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25839-9>
- Schumpeter, J. A. (2020). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie: Mit einer Einführung von Heinz D. Kurz*. UTB GmbH.
- Segert, D. (2016). Demokratieforschung. In G. Diendorfer, B. Bellak, A. Pelinka, W. Wintersteiner, & B. V. G. & C. KG (Hrsg.), *Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung : ein Handbuch* (S. 395 Seiten, Diagramme, Illustrationen, 21 cm). Böhlau Verlag.
- Sliwka, A. (2008). *Bürgerbildung : Demokratie beginnt in der Schule*. Beltz.
- Sturm, R. (2018). Föderalismus. In R. Voigt (Hrsg.), *Handbuch Staat* (S. 441–450). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20744-1_40
- Stüwe, R. (2020). *Das Machtproblem der EU-Energieaußenpolitik: Von der Integration zur Projektion beim Erdgasimport?*
- Tönnies, F., & Kelsen, H. (1927). Demokratie. *Deutscher Soziologentag "Demokratie-Naturrecht"*, 12–68.
- Ucakar, K., Gschiegl, S., & Jenny, M. (2017). *Das politische System Österreichs und die EU* (5. Auflage). Facultas.

- Verba, S., & Almond, G. (1963). *The civic culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Weinert, F. E. (2001). Vergleichende Leistungsmessung in Schulen- eine umstrittene Selbstverständlichkeit. In F. E. Weinert (Hrsg.), *Leistungsmessung in Schulen* (S. 21).
- Zandonella, M. (2019). Demokratie ist nicht gleich Demokratie. *Informationen zur politischen Bildung*, 44, 5–14.
- Zandonella, M. (2020). *Demokratie Monitor 2020*. https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2021/03/2020_SORA-Bericht-Oesterreichischer-Demokratie-Monitor-2020.pdf

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Die drei Dimensionen von Politik (In Anlehnung an Ucakar et al., 2017, S. 28)	15
Abbildung 2 Die drei Dimensionen von Demokratie-Lernen (in Anlehnung an Himmelmann, 2006, S. 79)	20
Abbildung 3 Unterstützung von Demokratie 1999-2008 (Plasser & Seeber, 2017, S. 286).....	32
Abbildung 4 Das Kreismodell der Integrativen Outdoor Aktivitäten ® (IOA ®, 2018, S. 7)	37
Abbildung 5 Das Prozessmodell der Integrativen Outdoor Aktivitäten ® (IOA ®, 2018, S. 9)	40
Abbildung 6 Beispiel eines Ergebnisses der Methode Gedankenstrom und Wordcloud.....	46
Abbildung 7 Ergebnisübersicht Feedbackbögen. Anteil in % der Beantwortung mit „trifft sehr zu“ und „trifft zu“	49
Abbildung 8 Design der Erhebung	52
Abbildung 9 Häufigkeiten Zielgruppe. Item „Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.....	63
Abbildung 10 Häufigkeiten Zielgruppe Item: An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss	65
Abbildung 11 Veränderungen Institutionsvertrauen der Versuchs- und Kontrollgruppe zu MZP1 und MZP2.....	69
Abbildung 12 Veränderung Einstellung gegenüber der Demokratie MZP1 und MZP2	71
Abbildung 13 Veränderung Demokratie-Skepsis MZP1 und MZP2	73
Abbildung 14 Häufigkeiten Zustimmung	75
Abbildung 15 Das Konzept der handlungsorientierten politischen Bildung	85

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, 1995-2010	33
Tabelle 2 Vertrauen in Institutionen 1990-2008	34
Tabelle 3 Sample und Daten der Befragungen	53
Tabelle 4 Verteilung des Samples nach Geschlecht	54
Tabelle 5 Fragebogen Messzeitpunkt 2	55
Tabelle 6 Erläuterung der Kennung.....	59
Tabelle 7 Invertierte Items	59
Tabelle 8 Faktorenanalyse	61
Tabelle 9 Deskriptive Statistiken zu dem Item „Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“	63
Tabelle 10 U-Test Item „beste Staatsform“.....	64
Tabelle 11 Gruppenstatistiken Item An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss	64
Tabelle 12 U-Test Item starke Persönlichkeit.....	66
Tabelle 13 Deskriptive Statistiken Institutionsvertrauen	66
Tabelle 14 U-Test Institutionsvertrauen.....	67
Tabelle 15 Deskriptive Statistiken Institutionsvertrauen MZP1 und MZP 2	68
Tabelle 16 Tests der Innersubjekteffekte Institutionsvertrauen	68
Tabelle 17 Tests der Zwischensubjekteffekte Institutionsvertrauen	68
Tabelle 18 Deskriptive Statistiken Einstellung gegenüber der Demokratie MZP1 und MZP2.....	70
Tabelle 19 Tests der Innersubjekteffekte Einstellung gegenüber der Demokratie.....	70
Tabelle 20 Tests der Zwischensubjekteffekte Einstellung gegenüber der Demokratie MZP1 und MZP2	71
Tabelle 21 Deskriptive Statistiken Demokratie-Skepsis	72
Tabelle 22 Tests der Innersubjekteffekte Demokratie-Skepsis	72
Tabelle 23 Tests der Zwischensubjekteffekte Demokratie-Skepsis.....	73

Tabelle 24 Deskriptive Statistiken „Ich würde den Berufsschullandtag auch anderen Schülerinnen und Schülern empfehlen“	74
Tabelle 25 Institutionen dieser Studie	79
Tabelle 26 Institutionen Studie Sora	79
Tabelle 27 Rechtssystemvertrauen im Vergleich	80
Tabelle 28 Parlamentsvertrauen im Vergleich	80

Anhang A (TeilnehmerInnenfeedbacks 01/2019-01/2020)

Feedbackbögen Berufsschullandtag 01/2019-01/2020

Prozentanteil der mit „Trifft sehr zu“ und „Trifft zu“ beantworteten Items

	Dat um	Abg ege bene Frage bö- gen	Der Be- rufs- schul- landtag war ver- ständlich aufberei- tet.	Durch den Berufs- schulland- tag ist für mich ver- ständlicher geworden, was im NÖ Landtag geschieht.	Durch den Berufs- schulland- tag wurde mir ein besseres Verständ- nis von "Politik" vermittelt.	Durch den Berufs- schulland- tag wurde näherge- bracht, wie unserer Demokra- tie funktio- niert.	Der Be- rufsschul- landtag war kurz- weilig und spannend gestaltet	Der Be- rufsschul- landtag sollte auch für andere Schüler veranstal- tet werden.
LBS Eg- genburg	23.01.19	67	100,00	89,60	92,50	94,00	83,00	92,00
LBS Lan- genlois	12.02.19	45	95,60	93,30	86,70	88,90	86,70	86,70
LBS Ge- ras	14.02.19	40	100,00	92,50	72,50	90,00	92,50	100,00
LBS Sch- rems	19.02.19	46	97,80	95,60	91,30	91,20	91,20	95,60
LBS Mis- telbach	20.02.19	44	100,00	100,00	93,20	100,00	100,00	100,00
LBS Zis- tersdorf	20.02.19	47	93,60	93,60	83,00	91,50	85,10	91,50
LBS	27.02.19	89	100,00	100,00	88,80	92,10	92,20	96,60
Waldegg								
LBS Laa an der Thaya	28.02.19	80	100,00	96,20	91,30	96,20	87,50	97,60
LBS Ba- den	06.03.19	48	100,00	97,90	97,90	97,90	89,60	97,90
LBS	07.03.19	80	100,00	91,30	76,20	91,30	92,50	91,30
Pöchlarn								
LBS Sto- ckerau	13.03.19	94	94,70	92,50	85,10	85,10	80,80	92,60
LBS Lili- enfeld	14.03.19	45	97,80	95,60	88,90	91,10	93,40	97,80
LBS Mis- telbach	14.03.19	46	97,80	95,70	87,00	89,10	91,40	91,40
LBS Zis- tersdorf	20.03.19	42	97,60	85,70	78,60	88,10	85,70	90,40
LBS The- resien- feld	27.03.19	78	100,00	100,00	93,60	93,60	98,80	98,80
LBS Hol- labrunn	28.03.19	28	96,40	100,00	78,70	85,70	85,60	92,90
LBS	09.04.19	82	90,20	89,00	78,00	83,00	78,00	85,40
Neunkir- chen								
LBS St. Pölten	26.04.19	34	100,00	94,10	91,20	91,20	82,40	97,00
LBS	02.05.19	39	100,00	94,90	87,20	84,60	97,50	95,00
Pöchlarn								
LBS Lan- genlois	02.05.19	53	96,20	94,30	86,70	88,60	88,60	88,60
LBS Laa an der Thaya	08.05.19	53	100,00	100,00	94,40	90,50	92,50	90,50

LBS Waldegg	15.05.19	75	100,00	96,00	82,70	89,30	88,00	97,30
LBS Waldegg	16.05.19	54	94,40	94,40	90,70	85,20	94,40	92,60
LBS Geras	22.05.19	38	97,40	89,50	89,60	85,90	84,20	94,80
LBS Mistelbach	22.05.19	47	95,70	93,60	80,90	85,10	91,50	93,60
LBS Pöchlarn	29.05.19	71	100,00	91,60	93,00	94,40	91,60	93,00
LBS Stockerau	05.06.19	94	97,90	89,30	86,20	92,50	84,10	92,60
LBS Zistersdorf	06.06.19	44	100,00	97,70	84,10	90,90	88,60	97,70
LBS Theresienfeld	12.06.19	78	98,70	98,70	89,70	100,00	85,90	100,00
LBS Lilienfeld	21.06.19	25	96,00	88,00	76,00	72,00	84,00	88,00
LBS Hollabrunn	21.06.19	16	100,00	100,00	93,80	75,00	100,00	100,00
LBS Neunkirchen	27.06.19	62	98,40	96,80	83,90	88,70	88,70	93,60
LBS St. Pölten	04.07.19	36	86,10	80,60	58,30	69,50	52,70	77,80
LBS Baden	04.07.19	37	97,30	81,10	74,00	83,80	78,40	89,20
LBS Pöchlarn	18.09.19	101	99,00	94,00	85,10	91,10	92,10	93,00
LBS Mistelbach	25.09.19	49	100,00	100,00	98,00	98,00	96,00	96,00
LBS Neunkirchen	26.09.19	55	100,00	100,00	94,50	92,70	98,20	96,40
LBS Sankt Pölten	27.09.19	35	100,00	94,30	80,00	94,30	80,00	88,60
LBS Geras	24.09.19	34	100,00	97,10	73,60	88,20	91,20	94,10
LBS Baden	01.10.19	45	97,80	97,80	84,40	91,10	91,90	95,60
LBS Langenlois	04.10.19	84	100,00	95,20	88,10	84,50	85,80	89,30
LBS Stockerau	08.11.19	89	97,80	95,50	84,30	90,00	83,20	93,40
LBS Theresienfeld	09.10.19	84	97,70	97,70	89,40	88,10	92,90	90,50
LBS St. Pölten	11.10.19	65	100,00	95,40	84,60	89,20	96,90	98,50
LBS Zistersdorf	15.10.19	47	100,00	100,00	100,00	95,80	95,80	97,90
LBS Schrems	15.10.19	40	97,50	97,50	92,50	97,50	97,50	95,00
LBS Waldegg	22.10.19	79	98,70	96,20	88,60	84,80	92,40	94,90
LBS Schrems	23.10.19	45	100,00	95,60	86,70	84,50	97,80	95,60
LBS St. Pölten	23.10.19	69	97,10	92,70	78,30	89,80	85,50	94,20
LBS Langenlois	31.10.19	39	100,00	94,80	94,80	97,40	97,40	94,90
LBS Mistelbach	19.11.19	44	97,70	93,20	75,00	84,10	81,90	90,90
LBS Waldegg	26.11.19	57	98,20	94,70	94,70	96,50	91,20	90,90

LBS Waldegg	27.11.19	62	96,80	96,80	79,00	88,70	75,80	90,40
LBS Geras	28.11.19	36	97,20	97,20	80,60	83,30	88,90	100,00
LBS St. Pölten	04.12.19	43	100,00	100,00	81,40	88,40	95,40	100,00
LBS Langenlois	13.12.19	63	96,80	100,00	93,60	96,80	95,20	98,40
LBS Eggenburg	17.12.19	43	95,40	88,40	74,40	86,10	86,00	93,10
LBS Neunkirchen	19.12.19	42	97,60	95,20	83,30	85,70	90,40	88,10
LBS Baden	07.01.20	57	100,00	98,20	82,40	100,00	94,70	100,00
LBS Theresienfeld	08.01.20	82	98,80	98,80	83,00	92,70	93,90	93,90
LBS Stockerau	09.01.20	90	100,00	94,50	85,60	87,80	94,50	90,10
LBS St. Pölten	14.01.20	22	100,00	100,00	100,00	95,50	100,00	100,00
LBS Zistersdorf	28.01.20	40	100,00	100,00	90,00	95,00	92,50	98,00
LBS Laa an der Thaya	29.01.20	44	100,00	97,70	97,70	100,00	97,70	97,70
LBS Hollabrunn	29.01.20	15	100,00	100,00	93,30	93,30	80,00	100,00
Summe		3 557	98,32	95,36	85,90	89,62	89,65	94,31

Anhang B (Fragebogen Messzeitpunkt 1 & 2)

Fragebogen Messzeitpunkt 1

Ge-
S101 schlecht
Geschlecht
S101_01 weiblich
S101_02 männlich
S101_03 sonstige

S102 Kennung
Deine Kennung
S102_01 Wie lautet der letzte Buchstabe deines Geburtsmonats?
S102_02 Zweiter Buchstabe des Vornamens der Mutter
S102_03 Die ersten beiden Buchstaben des Geburtsorts

Seite 02

D101 Grundeinstellung
Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zu?
1=stimme gar nicht zu, 2=stimme wenig zu, 3=stimme ziemlich zu,
4=stimme sehr zu, -9=nicht beantwortet
Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit
D101_01 sich bringen mag
An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die
D101_02 sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss
D101_03 Demokratien sind nicht gut, um die Ordnung aufrechtzuerhalten

Seite 03

D102 Institutionsvertrauen
Bitte gib im folgenden an wie sehr du den folgenden Institutionen vertraust.
1=sehr, 2=ziemlich, 3=wenig, 4=gar nicht, -9=nicht beantwortet
D102_01 ...den politischen Parteien
D102_02 ...dem österreichischen Rechtssystem
D102_03 ...dem niederösterreichischen Landtag
D102_04 ...dem Parlament
D102_06 ...dem Bundespräsidenten

Seite 04

D103 Derzeitige Ausgestaltung von Demokratie
Was meinst du:
1=sehr stabil, 2=eher stabil, 3=eher labil, 4=sehr labil, -9=nicht beantwortet

D103_01 Ist die Demokratie in Österreich stabil (stark verankert)?

Leben-
D104 digkeit

Was meinst du:

1=tot, 2=eher tot, 3=eher lebendig, 4=sehr lebendig, -9=nicht beantwortet

D104_01 Ist die Demokratie in Österreich lebendig oder tot?

Seite 05

Beteili-
D105 gung

1=nicht wahlberechtigt, 2=nein, 3=vielleicht, 4=wahrscheinlich, 5=ja, -9=nicht beantwortet

D105_01 Hast du vor, an den nächsten politischen Wahlen teilzunehmen?

Fragebogen Messzeitpunkt 2

Ge-
S101 schlecht

Geschlecht

S101_01 weiblich

S101_02 männlich

S101_03 sonstige

S102 Kennung

Deine Kennung

Wie lautet der letzte Buchstabe deines Geburtsmonats?

S102_01

S102_02 Zweiter Buchstabe des Vornamens der Mutter

S102_03 Die ersten beiden Buchstaben des Geburtsorts

Seite 02

D101 Grundeinstellung

Inwieweit stimmst du den folgenden Aussagen zu?

1=stimme gar nicht zu, 2=stimme wenig zu, 3=stimme ziemlich zu, 4=stimme sehr zu, -9=nicht beantwortet

Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie

D101_01 Probleme mit sich bringen mag

- An der Spitze eines Staates sollte eine starke Persönlichkeit stehen, die sich nicht um ein Parlament oder Wahlen kümmern muss
- D101_02 Demokratien sind nicht gut, um die Ordnung aufrechtzuerhalten
- D101_03

Seite 03

D102 Institutionsvertrauen

Bitte gib im folgenden an wie sehr du den folgenden Institutionen vertraust.

1=sehr, 2=ziemlich, 3=wenig, 4=gar nicht, -9=nicht beantwortet

- D102_01 ...den politischen Parteien
- D102_02 ...dem österreichischen Rechtssystem
- D102_03 ...dem niederösterreichischen Landtag
- D102_04 ...dem Parlament
- D102_06 ...dem Bundespräsidenten

Seite 04

D103 Derzeitige Ausgestaltung von Demokratie

Was meinst du:

1=sehr stabil, 2=eher stabil, 3=eher labil, 4=sehr labil, -9=nicht beantwortet

Ist die Demokratie in Österreich stabil (stark verankert)?

- D103_01

Leben-

D104 digkeit

Was meinst du:

1=tot, 2=eher tot, 3=eher lebendig, 4=sehr lebendig, -9=nicht beantwortet

- D104_01 Ist die Demokratie in Österreich lebendig oder tot?

Seite 05

Beteili-

D105 gung

1=nicht wahlberechtigt, 2=nein, 3=vielleicht, 4=wahrscheinlich, 5=ja, -9=nicht beantwortet

Hast du vor, an den nächsten politischen Wahlen teilzunehmen?

- D105_01

Zustim-

D106 mung

1=stimme gar nicht zu, 2=stimme wenig zu, 3=stimme ziemlich zu, 4=stimme sehr zu, -9=nicht beantwortet

Ich würde den Berufsschulandtag auch anderen Schülerinnen und Schülern empfehlen

- D106_01

Anhang C (TeilnehmerInneninformation und Einwilligungserklärung)



Teilnehmer*inneninformation und Einwilligungserklärung zur Teilnahme an der Studie:

Handlungsorientierte politische Bildung im Rahmen des NÖ Berufsschullandtags – eine Wirksamkeitsanalyse.

Sehr geehrte Teilnehmerin, sehr geehrter Teilnehmer,

wir laden Sie ein, an der oben genannten Studie teilzunehmen.

Ihre Teilnahme an dieser Studie erfolgt freiwillig. Sie können jederzeit, ohne Angabe von Gründen, Ihre Bereitschaft zur Teilnahme ablehnen oder auch im Verlauf der Studie zurückziehen. Die Ablehnung der Teilnahme oder ein vorzeitiges Ausscheiden aus dieser Studie hat keine nachteiligen Folgen für Sie.

Diese Art von Studien ist notwendig, um verlässliche neue *wissenschaftliche* Forschungsergebnisse zu gewinnen. Unverzichtbare Voraussetzung für die Durchführung von Studien ist jedoch, dass Sie Ihr Einverständnis zur Teilnahme an dieser Studie schriftlich erklären. Bitte lesen Sie den folgenden Text sorgfältig durch und zögern Sie nicht, Fragen zu stellen.

Bitte unterschreiben Sie die Einwilligungserklärung nur

- wenn Sie Art und Ablauf der Studie vollständig verstanden haben,
- wenn Sie bereit sind, der Teilnahme zuzustimmen und
- wenn Sie sich über Ihre Rechte als Teilnehmer/in an dieser Studie im Klaren sind.

1. Was ist der Zweck der Studie?

In dieser Studie soll die Wirksamkeit des Projekts Berufsschullandtag untersucht werden. Es wird untersucht ob diese Workshops einen Einfluss auf Ihre Einstellungen zu Demokratie, deren derzeitiger Ausgestaltung und Ihre politische Beteiligung haben. Auf Basis dieser Ergebnisse kann das Angebot des niederösterreichischen Landtags umgestaltet werden.

2. Voraussetzungen für die Teilnahme an der Studie:

Sie sind Teilnehmer*in bei einem der Workshops des Projekts Berufsschullandtag.

3. Wie läuft die Studie ab?

Die Studie findet im Zuge des universitären Masterlehrgangs „Handlungsorientierte Personal-, Team- und Organisationsentwicklung nach IOA®“ der Universität Wien statt. Sie werden an einem Workshop im Rahmen des NÖ Berufsschullandtags teilnehmen. Zur Überprüfung der Wirkung des Workshops greife ich auf einen Fragebogen zurück. Die Fragen kommen aus dem Bereich der Demokratieforschung und werden von Meinungsforschungsinstituten genutzt.

Sie werden den Fragebogen zu drei Zeitpunkten rund um den Workshop online ausfüllen:

1. Vor dem Workshop
2. Nach dem Workshop
3. ca 3 Wochen nach dem Workshop

Die Beantwortung des gesamten Fragebogens nimmt ca. 5 Minuten in Anspruch.
Für alle drei Befragungen ist mit ca. 20 Minuten zu rechnen.

4. Worin liegt der Nutzen einer Teilnahme an der Studie?

Auf persönlicher Ebene bietet Ihnen die Teilnahme Gelegenheit sich mit unserer Demokratie auseinanderzusetzen. Auf Ebene der Wissenschaft helfen Sie mit einer Teilnahme an dieser Studie bei einem Erkenntnisgewinn für die wissenschaftliche Forschung. Auf Ebene künftiger Angebote politischer Bildung helfen Sie uns unser Angebot zu evaluieren und anzupassen.

5. Gibt es Risiken bei der Durchführung der Studie und ist mit Beschwerden oder anderen Begleiterscheinungen zu rechnen?

Es ist mit keinen Risiken Beschwerden oder Begleiterscheinungen zu rechnen.

6. Hat die Teilnahme an der Studie sonstige Auswirkungen auf die Lebensführung und welche Verpflichtungen ergeben sich daraus?

Aus der Teilnahme an der Studie ergeben sich keine Verpflichtungen

7. Was ist zu tun beim Auftreten von Beschwerdesymptomen, unerwünschten Begleiterscheinungen und/oder Verletzungen?

Es ist mit keinen Folgen zu rechnen. Sie können sich jedoch bei Fragen an die Studienleitung wenden. (Siehe Punkt 11)

8. Wann wird die Studie vorzeitig beendet?

Sie selbst können die Teilnahme an der Studie jederzeit, ohne Angabe von Gründen beenden, ohne, dass Ihnen daraus ein Nachteil entsteht.

Auch die Versuchsleitung kann entscheiden, die Teilnahme einer Person zu beenden. Zum Beispiel, wenn der oder die Teilnehmer*in den Erfordernissen der Studie nicht entspricht oder die Studienleitung den Eindruck gewinnt, dass eine weitere Teilnahme an der Studie nicht im Interesse des bzw. der Teilnehmer*in ist.

9. In welcher Weise werden die im Rahmen dieser Studie gesammelten Daten verwendet?

Die gesammelten Daten werden vertraulich behandelt. Bei Weitergabe der Daten zu statistischen Zwecken. Nur an der Studie mitwirkendes Personal hat Zugang zu den Daten. Es können zu keinem Zeitpunkt Rückschlüsse auf Personen gemacht werden.

10. Entstehen für die Teilnehmer/Innen Kosten?

Gibt es einen Kostenersatz oder eine Vergütung?

Es entstehen bei der Teilnahme der Studie für Sie keine Kosten

11. Möglichkeit zur Diskussion weiterer Fragen

Für weitere Fragen im Zusammenhang mit der Studie oder Ihren Rechten als Teilnehmer*in steht die Studienleitung gerne zur Verfügung.

Studienleiter Organisation, Fragebögen, Fach- lich-inhaltlich	Thomas Trümmel, BA thomas@erlebnisland-noe.at +43(0) 67761799020
Wissenschaftliche Lehrgangsleitung	Univ. Prof. Mag. Dr. Günter Amesberger guenter.amesberger@sbg.ac.at +43(0)662 8044-4857

12. Einwilligungserklärung

Name der teilnehmenden Person in Druckbuchstaben:

Geb. Datum:

Ich erkläre mich bereit, an der Studie *Handlungsorientierte politische Bildung im NÖ Rahmen des NÖ Berufsschullandtags – eine Wirksamkeitsanalyse* teilzunehmen.

Ich bin von Thomas Trümmel ausführlich und verständlich über Zielsetzung, Bedeutung und Tragweite der Studie und die sich für mich daraus ergebenden Anforderungen aufgeklärt worden. Ich habe darüber hinaus den Text dieser Teilnehmer*Inneninformation und Einwilligungserklärung gelesen, insbesondere den 5. Abschnitt (Gibt es Risiken, Beschwerden und Begleiterscheinungen?). Aufgetretene Fragen wurden mir von der Studienleitung verständlich und ausreichend beantwortet. Ich hatte genügend Zeit, mich zu entscheiden, ob ich an der Studie teilnehmen möchte. Ich habe zurzeit keine weiteren Fragen mehr.

Ich werde die Hinweise, die für die Durchführung der Studie erforderlich sind, befolgen, behalte mir jedoch das Recht vor, meine freiwillige Mitwirkung jederzeit zu beenden, ohne dass mir daraus Nachteile entstehen. Sollte ich aus der Studie ausscheiden wollen, so kann ich dies jeder Zeit schriftlich oder mündlich bei Thomas Trümmel veranlassen.

Ich bin zugleich damit einverstanden, dass meine im Rahmen dieser Studie erhobenen Daten aufgezeichnet und ausgewertet werden.

Den Aufklärungsteil habe ich gelesen und verstanden. Ich konnte im Aufklärungsgespräch alle mich interessierenden Fragen stellen. Sie wurden vollständig und verständlich beantwortet.

Eine Kopie dieser Teilnehmer*Inneninformation und Einwilligungserklärung habe ich erhalten. Das Original verbleibt bei der Studienleitung.

(Datum und Unterschrift der Teilnehmerin / des Teilnehmers)

.....

(Datum, Name und Unterschrift der Studienleitung)

.....